

Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)
Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)
Kretz Annoncen AG (Herrliberg)

Gatt: Für die Schweiz unerlässlich



Blick aufs Gatt-Podium: Botschafter Girard, Ständerat Jagmetti und Direktor Jürg Zeller (von links).
(Photo ruti)

Unter das Motto «für die Schweiz unerlässlich, für die nationale Politik verkraftbar» stellt die FDP der Schweiz die Uruguay-Runde des Gatt. An ihrer Versammlung vom 23./24. April 1993 in Genf verabschiedeten die Delegierten dazu ein Thesenpapier. Damit hat die Partei einen ersten Schritt getan, um die Bevölkerung im Hinblick auf kommende Referenden über die komplexe Materie zu informieren.

AMK. Das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (General Agreement on Trade and Tariffs, Gatt) ist 1947 in Genf entstanden. Vertragspartner sind heute 110 Staaten, darunter auch die Schweiz.

In der Uruguay-Verhandlungsrunde des Gatt, die 1986 lanciert wurde, sollen neu neben den traditionellen Ver-

tragsbereichen (Zollabbau, Nichtdiskriminierung, Beilegung von Handelsstreitigkeiten usw.) die Gebiete Dienstleistungen, Investitionen und geistiges Eigentum erfasst werden. Obwohl in der Diskussion meist die Landwirtschaftspolitik im Zentrum steht, umfasst die Uruguay-Runde des Gatt also alle Wirtschaftszweige: Ausdruck dafür, dass heute das rein sektorielle Denken überwunden werden muss. Die Landwirtschaft, die industrielle und gewerbliche Produktion sowie die Dienstleistungen dürfen nicht länger voneinander abgeschottet werden.

Die Mitwirkung in der Uruguay-Runde setzt aber Anpassungen unserer nationalen Agrarpolitik voraus. Diese wurden durch den Systemwechsel bereits eingeleitet. Wichtig für die Landwirte ist nun, dass die Finanzierung der damit verbundenen Direktzahlungen sichergestellt wird.

Lesen Sie ab Seite 6

2 x Nein am 6. Juni



AMK. Einstimmig fassten die über zweihundert Delegierten der FDP der Schweiz am 23./24. April 1993 in Genf die Parolen für den Abstimmungssonntag vom 6. Juni: Sowohl zur Waffenplatz- wie auch zur Anti-Kampfflugzeug-Initiative sagten sie Nein.

Lesen Sie ab Seite 5.

Inhalt

- Ein Kurzinterview mit Nationalrat Bonny zum Thema Milchpreis finden Sie Seite **7**
- Regieren wir am Volk vorbei?, fragt sich Ständerat Iten ab Seite **10**
- Über Umweltpolitik lesen Sie Seite **13**
- Kartelle sind Thema Seite **15**

In Europa für Europa, aber ohne Europa?

Die Westeuropäer und die Amerikaner stehen vor einer schmerzlichen Entscheidung. Sollen sie unter dem Deckmantel der Vereinten Nationen in den seit über einem Jahr dauernden Krieg in Bosnien-Herzegowina eingreifen oder nicht?

◊ Jacques Baumgartner

Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, der Sandschak, Serbien liegen in Europa. Zum militärischen Eingreifen, um dem brutalen Morden und den sogenannten ethnischen «Säuberungen» ein Ende zu bereiten, drängen aber die USA. Wohl ist niemandem bei dem Gedanken, ein jeder sucht nach einem Ausweg, aber dieser ist versperrt.

Die Serben wissen, dass ihnen zu den bereits verschärften Wirtschaftssanktionen jetzt möglicherweise militärische Schläge bevorstehen, dass das auch gegen die bosnischen Muslime verhängte Waffenembargo der Uno und der Europäischen Gemeinschaft (EG) aufgehoben werden könnte. So haben sie wohlweislich den bosnischen Serben geraten, den Friedensplan der Internationalen Vermittler Cyrus Vance (Uno) und David Owen (EG) anzunehmen. Aber (vorerst?) vergeblich.

Das selbsternannte Parlament der selbstproklamierten «Serbischen Republik in Bosnien-Herzegowina» lehnte ab, beraumte dafür eine Volksabstimmung über Ablehnung oder Zustimmung zum Plan an. Daraufhin sperrte das «Mutterland» Serbien (angeblich) den militärischen Nachschub für die bosnischen Brüder.

Die Volksabstimmung war neuerlicher Zeitgewinn, der mit einem am 9. Mai vereinbarten Waffenstillstand mit den bosnischen Muslimen flankiert wurde. (Dafür schlugen die Kroaten in Mostar gegen die bosnischen Muslime los.) Die Volksabstimmung wurde um die Frage ergänzt, ob man den Anschluss an Serbien wolle, und zwar einschliesslich der in Kroatien eroberten Gebiete.

Diese werden im übrigen seit über einem Jahr von Uno-Friedenstruppen – unfreiwillig – beschützt, ohne dass es den «Blauhelmen» bis jetzt gelungen wäre, die dort lebenden Serben (und Kroaten), wie vereinbart worden war, zur Abgabe ihrer Waffen zu bewegen.

Mit der «Erweiterung» der Volksbefragung nahmen die bosnischen Serben den serbischen Präsidenten, Slobodan Milosevic, gewissermassen in die Zange. Er hat schliesslich versprochen, «dass alle Serben in einem Staat leben sollen», das heisst, «Serbien ist überall dort, wo Serben leben». Hinzu kommt, dass auch in Serbien die nationalistischen und radikalen Kräfte, auf die Milosevic im serbischen Parlament angewiesen ist, an Einfluss gewinnen.

David Owen klagte im Verlaufe seines unentwegten Mühens um einen Frieden, den Serben sei mit Sanktionen allein nicht beizukommen und vergebliche Liebesmüh sei alle Diplomatie, die ohne Schwert daherkommt. Töricht nannte er eine Politik, die eine militärische Intervention von vornherein ausschliesst.

Im Klartext: Cyrus Vance und David Owen sind in all den Monaten von jenen verkauft und verraten worden, die angeblich Frieden im ehemaligen Jugoslawien wünschten und wünschen. Damit sind vor allem die westeuropäischen Regierungen, die EG im besonderen, angesprochen.

Kurzfristiges Denken

Der kalte Krieg, die (ideologische) Konfrontation zwischen Ost und West, endete offiziell im November 1990 mit der Verabschiedung der Erklärung von Paris durch die Staats- und

Regierungschefs der Europäischen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Für Westeuropa begann damit das Dilemma. Es gab keinen mehr eindeutig auszumachenden Feind, und Osteuropa hatte seine eigenen Probleme, bedingt durch den Um- und Aufbruch auf einem «sozialistischen Trümmerhaufen» als Hinterlassenschaft der kommunistischen Diktatur.

Die westeuropäischen Politiker, bangend um trügerische Volksgunst, begannen eine Aussenpolitik im Sinne kurzfristigen Nutzen-Verlust-Denkens zu betreiben, statt in pragmatischen, historischen Dimensionen zu denken und zu handeln, die – gewiss unbequem – schon mittelfristig nutzbringender gewesen wären.

Heute steht der Westen insgesamt vor dem Problem, dass die zur Schau getragene Fassade der Einheit demaskiert wird, der Ausgang einer Militäraktion ungewiss geworden ist, bei einem militärischen Eingreifen möglicherweise der gesamte Balkan explodiert.

USA

Am 10. Mai kamen in Brüssel die EG-Aussenminister zusammen, um sich über die «Bemühungen, in der Bosnien-Frage mit den USA an einem Strick zu ziehen», zu informieren. Anfang Mai hatte der amerikanische Aussenminister, Warren Christopher, europäische Hauptstädte besucht, um am Ende seiner Tour «eine leichte Annäherung (der Verbündeten) an den Gedanken begrenzter militärischer Schritte» festzustellen.

Präsident Bill Clinton kann es sich nicht leisten, in Europa für Europa, aber ohne Europa die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Sein Vorgänger, George Bush, wurde unter anderem deshalb nicht wieder gewählt, weil er sich zu viel um die weltweiten und zu wenig um die heimischen Probleme gekümmert hatte. Aber die USA sind die einzig verbliebene Grossmacht, und die Amerikaner scheinen im Unterschied

zu den Westeuropäern pragmatisch und langfristig zu denken.

Je länger der Krieg in Bosnien-Herzegowina dauert, um so grösser wird die Gefahr, dass das «Balkan-Beispiel» andere Gebiete Europas, möglicherweise auch die ehemalige Sowjetunion erfasst (dort liegen zudem noch einige tausend Nuklear-Sprengköpfe herum).

Je länger der Krieg dauert, um so geringer wird die Glaubwürdigkeit der Uno, der EG, der KSZE, der Atlantischen Allianz (Nato) und der Westeuropäischen Union (WEU), jetzt und in Zukunft irgendeinen Konflikt (friedlich) lösen zu können. Es steht mehr als nur Bosnien-Herzegowina auf dem Spiel.

Einsatz unter Uno-Flagge

Letztlich wird sich Westeuropa nicht um die schmerzliche Entscheidung drücken können. Im besten Fall heisst das, wenn tatsächlich ein haltbarer Waffenstillstand geschlossen und der Vance/Owen-Friedensplan – in seiner ursprünglichen oder in einer abgeänderten Form – durchgeführt wird, unter Uno-Flagge in Bosnien-Herzegowina einzurücken.

Notwendig wären für den Anfang, wie geschätzt wird, 75 000 Soldaten, von denen bestenfalls 25 000 aus den USA kämen. Der Einsatz wird jährlich an die vier Milliarden Dollar kosten, und er wird Jahre dauern, denn: im ehemaligen Jugoslawien sitzt der Hass auf allen Seiten derart tief, dass ein friedliches Vernarben der Wunden, selbst nach einem Friedensschluss, kaum vorstellbar ist. Eine oder zwei Generationen dürften dafür nötig sein.

Auf dem Balkan können Vergangenes, Geschehenes, Gedanken und Gefühle nicht einfach begraben, vergessen, bewältigt oder ins Museum gestellt werden. Alles bleibt lebendig und bricht immer wieder, manchmal unheilvoll, hervor. □

Christian Bretscher: spontan und humorvoll

Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet sich Ihre grösste Hoffnung?

Auf den Untergang des Kommunismus, weil dadurch die Voraussetzungen für eine internationale Zusammenarbeit im Interesse des Friedens, der Umwelt und der Entwicklung geschaffen wurden.

Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?

Die Zunahme von Intoleranz und Fanatismus im religiösen, politischen und zwischenmenschlichen Bereich.

Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

Wichtigste Erfindung: die Schrift, entbehrlichste: der Neid.

Was lieben Sie an der Schweiz?

Die Freiheit, die Vielfalt auf kleinstem Raum, die intakte Natur und das Gefühl, hier eine Heimat zu haben, an deren Entwicklung ich mitarbeiten darf.

Was missfällt Ihnen in unserem Land?

Die ständige Unzufriedenheit vieler Schweizerinnen und Schweizer und all diejenigen, die diese auch noch schüren, um daraus Profit zu schlagen.



Auch Humor braucht ein Politiker, um Christian Bretscher zu überzeugen.

Können Sie sich mit dem Wort Bertrand Russells einverstanden erklären: «Mehrheiten zementieren das Bestehende, Fortschritt ist nur über die Minderheiten möglich?»

Ja, wenn man Mehr- und Minderheiten nicht als feste (vor allem politische) Blöcke, son-

dern als wechselnde soziale Gruppen betrachtet. Es ist immer eine einzelne Person oder eine kleine Gruppe, die eine neue Erkenntnis schöpft, sie entwickelt, ihr nach und nach Anerkennung und schliesslich vielleicht sogar eine Mehrheit verschafft.

Warum sind Sie bei der FDP?

Weil ich davon überzeugt bin, dass das Zusammenleben auf der Basis von Toleranz, Selbstverantwortung und Wettbewerb am besten funktioniert. Die FDP ist – mindestens im Kanton Zürich – die einzige Partei, in der ich mich mit dieser Überzeugung zu Hause fühle.

Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker. Wem würden Sie ihn verleihen?

Boris Jelzin.

Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker Sie überzeugen?

Durch Ehrlichkeit, Logik, Humor, klare Aussagen und eingehaltene Versprechen.

Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?

Gleichberechtigte Partnerschaft als Selbstverständlichkeit.

Was sehen Sie als Ihre persönliche Schwäche an, was als Ihre persönliche Stärke?

Schwächen: im richtigen Moment Nein sagen zu können, Perfektionismus, Gutgläubigkeit.

Stärken: die Fähigkeit, mich selbst nicht allzu ernst zu nehmen, Flexibilität, Offenheit, Fleiss.

Wo ich die Spontaneität einordnen soll, weiss ich nicht so recht.

Welches Buch lesen Sie gerade jetzt?

Zurzeit kämpfe ich mich durch einen Haufen Zeitungen, Zeitschriften, Publikationen, Sach- und Fachbücher, aus dem kein Einzelstück besonders erwähnenswert ist, und freue mich darauf, dass sich dies bei Gelegenheit wieder ändert.

Was tun Sie, um sich fit zu halten?

Etwas Morgenturnen und Fitnessstraining (ja, das mit den berühmten Maschinen...).

Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?

Alle Unwahrheiten aufdecken, die mir begegnen.

Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen und warum?

Ich freue mich über jede (bekannte und unbekannt) Persönlichkeit, die ich kennenlernen, weil Begegnungen mit Menschen von Format immer spannend sind und den Horizont erweitern. □

Kurzbiographie

Christian Bretscher

Zur Person: Wohnhaft in Birmensdorf, bald verheiratet, Bürger von Birmensdorf und Zürich.

Alter: 30

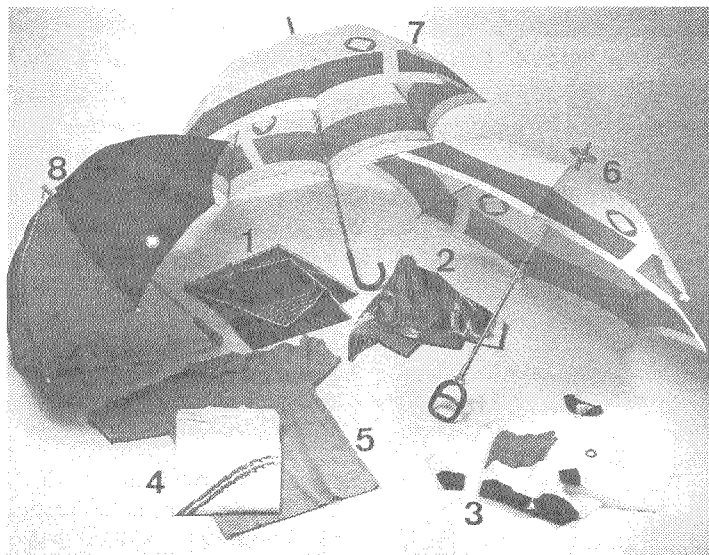
Berufliche Stationen: Primarschule in Birmensdorf, Kantonsschule und Matur in Urdorf, Rechtsstudium an der Universität Zürich, Abschluss als lic. iur. 1988 bis 1992 Sekretär der FDP des Kantons

Zürich, seit 1992 PR-Berater und Mitinhaber einer PR-Agentur.

Politischer Werdegang: 1984 bis 1988 Vorstand Jungliberale Kt. Zürich, 1986 bis 1992 Präsident FDP Birmensdorf, seit 1990 Mitglied der Primarschulpflege Birmensdorf, seit 1991 Kantonsrat.

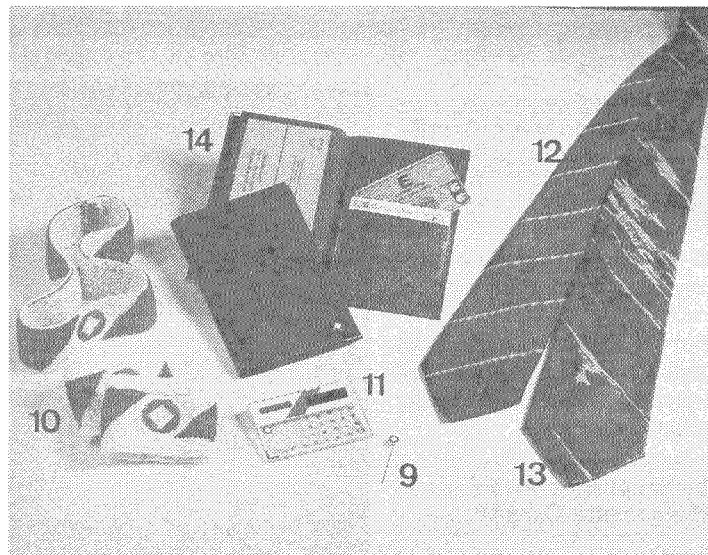
Liebste Tätigkeit: Mit Menschen zusammensein, die mir etwas bedeuten. □

Farbe bekennen!



Ja, ich bestelle:

- 1 Das zeitlose **klassische Foulard** aus 100% Crêpe de Chine ist 90x90 cm gross und wurde mit einem handrollierten Saum versehen. _____ **Ex.** à Fr. 49.–
- 2 Das **neue Foulard** (90x90 cm) der «New look»-Kollektion in tollen, modernen Farben besteht aus 100% Crêpe de Chine. _____ **Ex.** à Fr. 50.–
- 3 **Windblouson** aus Nylon mit Strickborden. Schützt Sie bei Wanderungen vor unangenehmen Überraschungen. Einfach transportierbar, kann zusammengerollt und in der eigenen Jackentasche um die Taille getragen werden. Grössen S, M, L, XL (Zutreffendes bitte ankreuzen) _____ **Ex.** à Fr. 30.–
- 4 Praktisch und unverwüstlich, das neue **T-Shirt** (mit dem Aufdruck «Freiheit gewinnt») im modernen Schnitt aus 100% Baumwolle. Grössen S, M, L, XL (Zutreffendes bitte ankreuzen) _____ **Ex.** à Fr. 12.–
- 5 Für die warmen Tage gibt es unser **Polo-Shirt** mit diskretem FDP-Emblem im klassischen Schnitt. _____ **Ex.** à Fr. 30.–
- 6 Der praktische **Sportschirm** mit einem integrierten Klappsitz, damit Sie beim nächsten Sportfest nicht mehr stehen müssen. _____ **Ex.** à Fr. 30.–
- 7 Der **Doppelschirm**, damit Sie zu zweit nur einen Regenschirm brauchen und trotzdem nicht nass werden. _____ **Ex.** à Fr. 30.–
- 8 Der **klassische Regenschirm** in den Farben Rot, Dunkel- und Hellblau lässt Sie auch bei schlechtem Wetter trocken ans Ziel kommen. _____ **Ex.** à Fr. 35.–



- 9 **Anstecknadel.** Der diskrete Hinweis, dass Sie der richtigen Partei angehören. _____ **Ex.** à Fr. 10.–
- 10 Ein absolutes Muss für jeden Sportler. Das **Stirnband und die Pulswärmer** aus 90% Baumwolle. _____ **Set** à Fr. 10.–
- 11 Unser Solarrechner mit der 8stelligen LCD-Anzeige hilft Ihnen bei den schwierigsten Rechenaufgaben. _____ **Ex.** à Fr. 20.–
- 12 Die **Krawatte** im klassischen Design besteht aus 75% Polyester und 25% Seide. _____ **Ex.** à Fr. 38.–
- 13 Die **Krawatte** aus unserer «new look»-Kollektion besteht aus 75% Polyester und 25% Seide. _____ **Ex.** à Fr. 40.–
- 14 Das **Portefeuille** aus bestem Anilinder (bordeaux) mit vielen Einsteckfächern für Ausweise, Photos, Kreditkarten usw. _____ **Ex.** à Fr. 44.–

Name: _____

Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bitte ausfüllen und ganze Seite einsenden an:
FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern



Engagiert kämpft Bundesrat Kaspar Villiger an Auftritten im ganzen Land gegen die beiden Initiativen vom 6. Juni 1993 – weil es um mehr als nur die Flugzeugbeschaffung oder die Anzahl Waffenplätze geht. (Photo ruti)

Botschaft von Bundesrat Kaspar Villiger

Sicherheit zum Nulltarif gibt es nicht!

Am 6. Juni gelangen zwei Initiativen zur Abstimmung, die im Fall ihrer Annahme unsere Landesverteidigung massiv schwächen würden. Dabei sind zwei fundamentale Fragen zu beantworten.

- Soll die Schweiz künftig auf eine moderne Flugwaffe verzichten und dadurch ihre Lufthoheit fahrlässig aufs Spiel setzen?

- Soll unsere Armee ohne zeitgemässe Trainingszentren auskommen, was wegen Ausbildungsdefiziten und Glaubwürdigkeitsverlusten Demotivation der Truppe zur Folge hätte?

Doppelstrategie

Der Bundesrat verfolgt mit seiner Sicherheitspolitik eine

Doppelstrategie: Einerseits will er jene Chancen fördern, die sich für Osteuropa nach dem Umbruch von 1989 eröffnet haben. Andererseits muss sich die Schweiz aber auch gegen immer noch vorhandene oder mögliche neue Risiken wappnen. Dafür braucht sie eine Armee.

Priorität

Eine moderne Armee kostet Geld – Sicherheit zum Nulltarif gibt es nicht. Allerdings muss man, gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, Prioritäten setzen, also nur dringend Nötiges beschaffen und auf Wünschbares verzichten. Die Flugzeugbeschaffung ist eine solche Priorität. Innerhalb eines stetig sinkenden Budgets spart

sich das EMD die Erneuerung des Luftschirms zusammen.

Anpassungsfähig bleiben

Unsere Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben sich 1989 klar für eine Schweiz mit Armee ausgesprochen. Will aber eine Armee ihren Verteidigungsauftrag erfüllen, muss sie sich der technologischen Entwicklung anpassen können. Dies gilt sowohl für die Ausrüstung als auch für die Ausbildung.

Genau gegen diese beiden Pfeiler zielen die Initiative «für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge» und die Initiative «40 Waffenplätze sind genug – Umweltschutz auch beim Militär».

Die eine, von der «Gruppe für eine Schweiz ohne Armee» lanciert, verbietet jeglichen Ersatz unserer veralteten Flugzeuge bis ans Ende des Jahrhunderts. Das ist verantwortungslos und angesichts der heutigen instabilen Lage auch gefährlich.

Die andere verhindert den Ersatz und die Erweiterung bestehender Waffenplätze und erschwert jegliche Modernisierung militärischer Ausbildungsanlagen. Man stelle sich einmal vor, den Schulen oder Spitälern würden ähnliche Restriktionen auferlegt!

Bundesrat und Parlament tragen die Verantwortung für die Sicherheit der Schweiz. Deshalb sagen sie Nein zu beiden Initiativen. □

Gatt: FDP übernimmt Leaderrolle

Als erste Partei hat sich die FDP an ihrer ordentlichen Delegiertenversammlung in Genf am 23./24. April 1993 mit dem Gatt beschäftigt. Die Delegierten bezogen befürwortend Position zur Uruguay-Runde des Gatt. Nach dem EWR-Nein hat die Bedeutung des Gatt für die Schweiz noch zugenommen.

Anna-Marie Kappeler

Botschafter Pierre-Louis Girard, Delegierter für Handelsverträge, führte an der Delegiertenversammlung in das schwierige und für viele noch neue Thema ein.

In einem Podiumsgespräch mit Nationalrätin Vreni Spoerry

(ZH), den Nationalräten Peter Tschopp (GE) und Christian Wanner (SO) sowie mit Jürg Zeller, Direktor der Vereinigung des schweizerischen Import- und Grosshandels, wurde das Thema vertieft. Schliesslich verabschiedeten die Delegierten ein von einer Arbeitsgruppe unter der Leitung von Ständerat Rico Jagmetti (ZH)

erarbeitetes Positionspapier. Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz rief die freisinnigen Politiker abschliessend auf, sofort mit der «immensen Informationsaufgabe der Demystifizierung des Gatt-Abkommens» zu beginnen.

Publikation

Mit einer Publikation (s. Kasten) will die FDP allen Parteimitgliedern eine umfassende Grundlage für ihre Meinungsbildung geben. Diese wird auch das Positionspapier enthalten, das an der Delegiertenversammlung verabschiedet wurde und das unter dem Motto «Unerlässliche Mitwirkung der Schweiz – verkräft-

bare Anpassung unserer nationalen Politik» steht.

Im Interesse aller

Warum ist es für die Schweiz unerlässlich, im Gatt (s. Kasten) mitzuwirken? Zunächst: Die Schweiz wirkt bereits seit 1958 im Gatt mit. Sie ist als besonders stark mit der Weltwirtschaft vernetztes Land darauf angewiesen, dass die Handelsströme fliessen und sich unser Land daran beteiligen kann. Das liegt im Interesse aller, weil die Sicherung der Arbeitsplätze und damit die Wohlfahrt der ganzen Bevölkerung abhängig ist vom Austausch von Waren und Dienstleistungen.

Liberaler Wertordnung

Für uns Freisinnige ist weiter von Bedeutung: Der freie Welthandel ist ein wichtiger Baustein zur Verwirklichung der liberalen Wertordnung. Er genügt allerdings nicht, eine aktive Menschenrechtspolitik ist genauso wichtig. Aber die Uruguay-Runde verstärkt die Zusammenarbeit unter allen Staaten. Sie bildet gleichsam das Fundament für eine weltweite Partnerschaft.

Auf diesem Fundament kann eine gerechte Ordnung aufgebaut werden, gerecht gegenüber den andern und gegenüber den natürlichen Lebensgrundlagen.

Landwirtschaft

Ein heikles Thema ist die Landwirtschaft, obwohl es – und das muss immer wieder betont werden – beim Gatt nicht nur um die Landwirtschaft geht, sondern zudem um den Warenverkehr, um Erleichterung

Frauen

AMK. Frauenförderung ist Parteiförderung: Unter dieses Motto stellte Beatrice Geier-Bischoff, Liestal, Mitglied der Geschäftsleitung der FDP Schweiz (unten rechts), ihr Votum an der o. DV in Genf. Unterstützung fand sie u. a. bei den Kantonsrätinnen Lise Berthet, La Chaux-de-Fonds, Franziska Frey-Wettstein, Zürich, und Käthi Bangerter Aarberg von links.

Schon vor der berühmten Bundesrätinnenwahl im März 1993 hat die FDP erkannt, dass sie für die Chancengleichheit in der Politik etwas tun muss. Die Partei ist herausgefordert; sie hat diese Herausforderung angenommen. (Photos ruti)



Unterlagen

Zum Thema Gatt erscheint demnächst eine «Politische Rundschau», welche im nächsten «Freisinn» ausgeschrieben wird. Sie enthält das Referat von Botschafter Girard sowie die von der Arbeitsgruppe unter der Leitung von Ständerat Rico Jagmetti (ZH) erarbeiteten Unterlagen zur Uruguay-Runde. □

Das Gatt

Das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (General Agreement on Trade and Tariffs; Gatt) ist am 30. Oktober 1947 in Genf abgeschlossen worden. Vertragspartner sind heute 110 Staaten, nämlich die westlichen und fernöstlichen Industrienationen, osteuropäische Staaten (ohne GUS) sowie eine Reihe von Entwicklungsländern. Die Vertragsstaaten bestreiten zusammen rund neunzig Prozent des Welthandels.

Das Gatt erfüllt drei grundlegende Funktionen:

- Es ist ein *Verkehrskodex des Welthandels* mit folgenden Grundregeln:
 - Das Prinzip der Nichtdiskriminierung umfasst zunächst die *Meistbegünstigungsklausel* (MFN), wonach jede Konzession, die einem Vertragspartner (in bilateraler Vereinbarung) gewährt wird, auch allen anderen Vertragspartnern gewährt werden muss.
 - Zur Nichtdiskriminierung gehört sodann die *Inländerbehandlung* mit der Verpflichtung, importierte Güter nicht schlechter zu behandeln als inländische.
 - Begleitet wird die Nichtdiskriminierung vom Grundsatz der *Verhältnismässigkeit*, vom Prinzip der Transparenz und vom *Verbot der mengenmässigen Beschränkung*.
- Es ist ein *Forum für internationale Wirtschaftsverhandlungen*. Die Entwicklung der Welthandelsordnung erfolgt also auf vertraglichem Weg und nicht durch Beschluss von Gemeinschaftsorganen.
- Durch das Gatt soll die *Beilegung von Handelsstreitigkeiten* zwischen den Vertragspartnern erleichtert werden, wofür ein Schlichtungsverfahren geschaffen worden ist. □

der grenzüberschreitenden Dienstleistungen, um den Austausch im Bereich des geistigen Eigentums und die Zulassung von Investitionen.

Wo aber liegen die Probleme bei der Landwirtschaft? Wie in anderen Bereichen auch braucht es in unserer Landwirtschaftspolitik gewisse Anpassungen. Diese hat unser Volkswirtschaftsminister, Jean-Pascal Delamuraz, mit dem siebten Landwirtschaftsbericht und der Revision des Landwirtschaftsgesetzes bereits eingeleitet. In Zukunft soll die Einkommenssicherung der Landwirte nicht mehr über den Preis, sondern über Direktzahlungen erfolgen.

Wichtig ist jetzt natürlich, dass die Finanzierung dieser Direktzahlungen sichergestellt wird (vgl. dazu das Interview mit FDP-Nationalrat Bonny, Präsident der Finanzkommission, auf dieser Seite).

Auch ohne das Gatt sind aber noch weitere Neuerungen nötig. Die FDP verlangt in ihrer Agrarpolitik eine Anpassung der vor- und nachgelagerten Strukturen. Es wird noch ein hartes Stück politischer Arbeit sein, diese zu entschlacken.

Marktzutritt

Durch die Umgestaltung der produktebezogenen Einfuhrregelungen in Zölle ergeben sich für die Schweiz weitere Probleme. Hier ist klar, dass wir ausreichende Übergangsfristen für die Neugestaltung unserer Agrarpolitik brauchen, um die erforderliche Flexibilität zu erreichen.

Exportsubventionen

Dem Wunsch unseres Landes und namentlich der FDP entspricht es, dass die weltweiten Marktverzerrungen, die sich heute aus Exportsubventionen ergeben, abgebaut werden. Das können wir nicht nur von anderen verlangen, sondern müssen unsere eigene Politik ebenfalls danach richten.

Fazit

Alles in allem gilt für die FDP, dass die Uruguay-Runde ihren Bestrebungen in Richtung mehr Wettbewerb und Abbau von Handelshemmnissen entgegenkommt. Für die Schweiz, in der jeder zweite Franken im Ausland verdient wird, ist das Mitmachen beim Gatt unerlässlich. □

Kurzinterview

«Für Direktzahlungen geradestehen»

Die Senkung des Milchpreises um zehn Rappen bei gleichzeitiger Kompensation durch Direktzahlungen ist auf unterschiedliche Reaktionen gestossen. Die FDP hat die agrarpolitischen Beschlüsse des Bundesrates als «konsequent und verkräftbar» gewertet. Vertreter der Landwirtschaft dagegen votierten mehrheitlich negativ. Vor allem die Frage nach der künftigen Finanzierbarkeit von Direktzahlungen ist für sie offen. Wir stellen sie FDP-Nationalrat Jean-Pierre Bonny (BE), Präsident der Finanzkommission.

Interview:
Anna-Marie Kappeler

Ist der Protest der Bauern gerechtfertigt?

Jean-Pierre Bonny: «Unsere Bauern sind in einer sehr schwierigen Lage. Was sie am meisten bedrückt, ist die Ungewissheit der künftigen Agrarpolitik. Die Milchpreissenkung um zehn Rappen ist für die Bauern schmerzlich, aber sie bringt wenigstens Klärung für die nächsten Jahre.

In diesem Sinne finde ich diesen Protest nicht gut. Das Gespräch mit den Nichtbauern würde für den «Goodwill» der Landwirtschaft mehr bringen.»

Stichwort «Ungewissheit»: Können die Bauern in Zukunft, d. h. über das Jahr 1993 hinaus, angesichts des Milliardendefizits der Bundeskasse mit Direktzahlungen rechnen?

Jean-Pierre Bonny: «Als Präsident der Finanzkommission des Nationalrates weiss ich leider zur Genüge, wie schlecht es um die Finanzen des Bundes steht. Trotzdem gilt auch für die Finanzkommission, dass abgegebene Versprechen und Zusicherungen zu halten sind. Die Finanzkommission hat sich übrigens schon beim Budget 1993 daran gehalten.

Die neue Agrarpolitik stützt unter anderem auf Direkt-



Nationalrat Jean-Pierre Bonny: «Jetzt die halbstaatlichen Organisationen unter die Lupe nehmen.»

zahlungen ab; dafür müssen wir geradestehen.»

Wo sehen Sie in der Agrarpolitik den grössten Handlungsbedarf?

Jean-Pierre Bonny: «Handlungsbedarf sehe ich in zwei Bereichen.

● Wir müssen den Bauern Vertrauen vermitteln, ihr Selbstvertrauen stärken und mithelfen, den bäuerlichen Nachwuchs zu fördern.

● Mich stört, dass bis jetzt die Bauern die Last der Restrukturierung fast allein tragen. Wir müssen die halbstaatlichen Organisationen im Agrarbereich (Käseunion, Butyra, Vereinigung Schweizerischer Futtermittelfabrikanten/VSF usw.) etwas näher unter die Lupe nehmen.» □

FDP-Positionen

Zurück zur Vernunft

An einer Konferenz liessen sich die FDP-Vertreter aus den Kantonsregierungen durch SBB-Generaldirektor Benedikt Weibel über die Zukunft des Regionalverkehrs aus der Sicht der Bundesbahnen orientieren. Unter der Leitung von alt Nationalrat Karl Weber, Schwyz, diskutierten anschliessend die freisinnigen Regierungsräte Eric Honegger, Zürich, Dick Marti, Tessin, Thomas Pfisterer, Aargau, sowie der Präsident der nationalrätlichen Verkehrskommission, FDP-Nationalrat Christian Wanner, über mögliche Lösungswege bei der Bewältigung des öffentlichen Regionalverkehrs.

Dabei wurde unter anderem festgehalten, dass eine verstärkte Regionalisierung des Regionalverkehrs von den Kantonen begrüsst wird. Dies dürfe aber nicht im Sinne eines Aufbüdens von finanziellen Lasten auf die Kantone geschehen, sondern müsse gleichzeitig auch die Delegation von Entscheidungskompetenzen an die Kantone umfassen. Primär liege es nun an den politischen Verantwortungsträgern zu entscheiden, wie gross das Angebot im öffentlichen Regionalverkehr sein soll. In einem zweiten Schritt sei ohne

ideologische Scheuklappen abzuklären, durch wen diese Aufgabe am besten gelöst werden könne. Schliesslich wird die Frage zu beantworten sein, wer diese Aufgabe finanzieren soll.

Einig waren sich die Regierungsvertreter ferner darin, dass sich der öffentliche Regionalverkehr nicht nach Wunschvorstellungen orientieren kann, die für Bund und Kantone aus finanziellen Gründen nicht realisierbar seien, sondern auch in diesem Bereich zu vernünftigen und tragbaren Lösungen zurückgefunden werden müsse. □

Falsche Priorität

Die FDP bedauert den Entscheid des Nationalrates, die Sozialcharta zu ratifizieren. Die Sozialcharta ist ein Produkt aus den Zeiten der Hochkonjunktur, des Wachstums. Die sozialen Kosten schienen damals verkraftbar. Heute ist das vorherrschende Problem die Arbeitslosigkeit. Die Bewältigung dieses Problems hat absolute Priorität vor Massnahmen, die weitere Kosten verursachen.

Die FDP ist der Meinung, dass angesichts der wirtschaftlichen Lage in der Schweiz mit der Sozialcharta ein falsches Signal gesetzt wird. Nach dem Entscheid im Nationalrat wird die FDP bei der Arbeit am Ausführungsgesetz darauf achten, dass diese in Abstimmung mit unserer bestehenden Sozialgesetzgebung erfolgt. □

Impressum

Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38.

Verantwortlich für die Redaktion:

Generalsekretariat FDP der Schweiz, Anna-Marie Kappeler (AMK). Für die Kantonsseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung:

Kretz Annoncen AG, Grütstrasse 63, Postfach, 8704 Herrliberg, Telefon (01) 915 38 03, Fax (01) 915 34 10.

Druck:

Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.–
Jahresabonnement Fr. 20.–

FDP-Vorstoss

Zusammenarbeit mit den baltischen Staaten

Interpellation von Ständerat Willy Loretan (AG) vom 30. April 1993: «Bei der Beratung des Bundesbeschlusses vom 9. März 1993 über den Rahmenkredit zur Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten im Ständerat habe ich auf die prekäre Situation und die gravierenden Probleme in den drei unabhängigen baltischen Republiken Litauen, Lettland, Estland hingewiesen, die sich aus der nach wie vor grossen Präsenz russischer Besatzungstruppen in diesen drei Ländern ergeben. Der mehrfach versprochene rasche Abzug nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit und Souveränität wird entgegen den abgegebenen Zusicherungen immer wieder verschleppt.

Meine Forderung war und ist es weiterhin: kein Geld aus der eidgenössischen Staatskasse für Russland, insbesondere nicht aus dem vom Parlament bewilligten Rahmenkredit in der Höhe von 1,4 Milliarden Franken, ohne vorherigen voll-

ständigen Truppenabzug der Russen aus dem Baltikum.

Meine Fragen an den Bundesrat:

● Sind bereits Kredite (nicht rückzahlbare Zuschüsse), Darlehen, Garantien gemäss Art. 2 des Bundesbeschlusses vom 9. März 1993 für die russische Föderation bewilligt worden? Wenn ja, in welcher Höhe und unter welchen Bedingungen?

● Welche Unterstützungsmassnahmen sind aus dem Rahmenkredit für die Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten bisher für die drei baltischen Staaten bewilligt worden? Welche Projekte wurden bis heute vom Bund aus unterstützt bzw. begleitet?

● Welche konkreten Schritte zur endlichen Durchsetzung des Abzuges der russischen Truppen aus dem Baltikum hat der Bundesrat seit Dezember 1992 unternommen?

● Bis wann kann nach dem Informationsstand des Bundesrates der vollständige Abzug der russischen Besatzungstruppen aus dem Baltikum erwartet werden, und ist der Bundesrat willens, bis dann mit konkreten Hilfszusagen an die russische Föderation zuzuwarten? □

Hier
sehen Sie
kein Bild
von einem
sterbenden
Kind.

Denn Sie können es ja verhindern helfen – mit einer Patenschaft in einem Entwicklungsland. Mit Fr. 45.– können Sie einem Kind alles geben, was es zum Leben braucht. Dazu gehören nicht nur Essen und eine Ausbildung, sondern auch die Unterstützung seiner Familie und seiner Dorfgemeinschaft. Fordern Sie Informationen an bei: World Vision International, Badenerstr. 87, 8004 Zürich, Tel. (01) 241 72 22. Büro Lausanne: 22, rue St-Martin, 1003 Lausanne, Tel. (021) 20 06 57.

Name: _____

Str.: _____

PLZ, Ort: _____

Tel.: _____

WORLD VISION
Katholische Hilfswerk

1410-01

Mutzli

Alt Nationalrat Paul Eisenring (CVP/ZH) meinte zur aktuellen Lage der Schweizer Politik maliziös: «Es gibt sie immer noch, diese Systemveränderer – nur haben sie kein Leitbild mehr.» *

Volkswirtschaftsminister Jean-Pascal Delamuraz sprach von einer «crise politique», meinte aber doch offensichtlich die gegenwärtige «crise économique», die die «classe politique» zurzeit beschäftigt und auf Trab gebracht hat. □

Resolution Arbeitslosigkeit

An ihrer ordentlichen Versammlung am 23./24. April 1993 in Genf verabschiedeten die Delegierten der FDP der Schweiz folgende Resolution.

Die FDP der Schweiz ist besorgt über die gesamtschweizerische massive Erhöhung der Arbeitslosigkeit. Als gravierend beurteilt sie die Zunahme der Langzeitarbeitslosigkeit und die starke Betroffenheit der Jugendlichen.

Im Interesse der Langzeitarbeitslosen

Im Lichte dieser Entwicklung und angesichts der anhaltenden Defizite im Staatshaushalt sowie der nach wie vor steigenden Arbeitslosigkeit erachtet sie die mit dem Dringlichen Bundesbeschluss vorgesehene Erhöhung der Taggeldbezugsberechtigung von 300 auf 400 Tage als richtige Massnahme.

Sie stellt fest, dass für die grosse Mehrheit der Bezugsberechtigten, für Arbeitslose mit Familie oder Unterhaltspflichtigen, keine Reduktion des Taggeldsatzes vorgesehen ist und Härtefälle damit vermieden werden. Die Massnahmen des Dringlichen Bundesbeschlusses erfolgen ausschliesslich im Interesse der Langzeitarbeitslosen.

Referendum verantwortungslos

Als verantwortungslos bezeichnet die FDP der Schweiz das vom Gewerkschaftsbund lancierte und von der Sozialdemokratischen Partei unterstützte Referendum gegen den Dringlichen Bundesbeschluss. Damit wird die im Interesse der Langzeitarbeitslosen getroffene Übergangslösung gefährdet.

Die FDP der Schweiz stellt fest, dass die SPS einmal mehr einen mühsam erarbeiteten Kompromiss in Frage stellt und auf dem Buckel der Langzeitarbeitslosen politische Propaganda betreibt.

Aus- und Weiterbildung

Die FDP verlangt als Präventivmassnahmen die Verstärkung

der Aus- und Weiterbildungsprogramme für die Arbeitslosen sowie spezielle Einsatzprogramme für Jugendliche zur Aneignung praktischer Erfahrungen.

Zumutbarkeit

Die ordentliche Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes ist rasch voranzutreiben. Dabei ist auch die Frage der Zumutbarkeit der Arbeit im Sinne einer Lockerung der Zumutbarkeitskriterien neu zu definieren; Missbräuche sind kompromisslos zu ahnden, damit der Mehrheit der Arbeitslosen wirkungsvoll geholfen werden kann.

Ferner ist die Eingliederung der Arbeitslosen in den Arbeitsprozess der Wirtschaft zu fördern (z. B. selbständige Erwerbstätigkeit).

Fitnessprogramm

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit fordert die FDP der Schweiz eine rasche Realisierung ihres vor Jahresfrist verabschiedeten Fitnessprogramms für den Wirtschaftsstandort Schweiz.

Zur Schaffung von Arbeitsplätzen ist eine vitale Wirtschaft unabdingbar. Dazu gehören insbesondere die Einführung der Mehrwertsteuer, welche die Investitionen fördert, der Verzicht auf übermässige Regelungsdichte und das Aufbrechen wettbewerbsverzerrender Kartelle. □

Kolumne

Armeefrage: Das lange Sündenregister der SP



Die beiden am 6. Juni zur Abstimmung kommenden Armeeinitiativen «Für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge» und «40 Waffenplätze sind genug» zielen zwar ein konkretes Teilziel an: aber für die Gesellschaft für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) sind sie nur *ein Schritt auf dem Weg zum Abschaffungsziel*. In der «Weltwoche» vom 22. April 1993 antwortete der «Vor-denker» der GSoA, Nationalrat Andreas Gross, auf die Frage: «Das heisst aber, dass der Vorwurf der Kampfflugzeug-Befürworter zutrifft, es gehe Ihnen letztlich um die Abschaffung der Armee?» – «Selbstverständlich geht es mir persönlich darum. Doch diese Initiative wird von ganz verschiedenen Personen mit ganz unterschiedlichen Motiven getragen.»

Was ihm und den Flugwaffegegnern offensichtlich Schwierigkeiten macht, ist die Einbettung des Kriegs im Balkan und seiner Ausweitungsgefahren in seine Friedenseuphorie. Im Interview erklärte Gross: «Sollte die Völkergemeinschaft zum Schluss kommen, dass man auf dem Balkan die militärische Komponente verstärken sollte, bin ich nicht derjenige, der meint, aus einer schweizerischen oder theoretischen Position heraus sei ich legitimiert, dies zu kritisieren.» Kann man den Fliegereinsatz gegen die Serben im Balkan bejahen und gleichzeitig die Schweiz im Luftraum entwaffnen wollen?

Dass die *Sozialdemokratische Partei der Schweiz* (SPS) unter dem Einfluss ihres linksalternativen und pazifistischen Flügels einmütig die Ja-Parole für die beiden Initiativen beschlossen hat, kommt nicht von ungefähr. Sie hatte immer wieder *Mühe mit der Armee*; ihr Sündenregister in dieser Frage ist lang.

1917, mitten im Ersten Weltkrieg, beschloss die SPS unter dem Einfluss nicht zu-

letzt bolschewistischer Emigranten wie Lenin, für die *Ab-schaffung der Landesverteidigung* einzutreten.

Erst 1935, zwei Jahre nach Hitlers Machtergreifung, bejahte eine Mehrheit ihrer Delegierten die «Notwendigkeit eines bewaffneten Grenzschutzes, der von einer «antikapitalistischen Mehrheit getragen» sein müsse.

1936 Rückfall: die dringend nötige Wehranleihe wird abgelehnt. Hätte man erst 1937 mit der Aufrüstung begonnen, so wäre die Schweizer Infanterie vor allem mit dem Karabiner und dem LMG den deutschen Panzerdivisionen gegenübergestanden.

Im Zweiten Weltkrieg und im kalten Krieg stand die SPS zur Armee. Aber von den siebziger Jahren an begannen wieder die *Nadelstiche*.

1974 lehnte die SP-Fraktion der Bundesversammlung den *Panzerkredit* ab.

1979 beschliesst der Parteitag der SPS über die Parteispitze hinweg die Lancierung einer Initiative für ein *Rüstungsreferendum*.

1983 unterstützte die SPS die *Zivildienstinitiative*, die die freie Wahl zwischen Militär- und Zivildienst einführen wollte und bekannte sich im Parteiprogramm zur Friedensbewegung.

1986 wird der Truppenvorbeimarsch in Dübendorf vom SPS-Sekretär H. K. Schiesser als «ein Defilee nach sowjetischem Muster» diskriminiert.

1989 entscheiden sich 71 Prozent der SPS-Delegierten für ein Ja zur Armeeabschaffungsinitiative. Erst im zweiten Durchgang wird mit Rücksicht auf den «Landsturm» in der eigenen Partei Stimmfreigabe beschlossen.

Die Entwicklung der internationalen Lage hat gezeigt, dass vieles in Fluss gekommen ist, aber keineswegs Stabilität und Sicherheit eingekehrt sind. Der ewige Friede ist noch nicht angebrochen. *Zur Selbstentwaffnung ist es viel zu früh.*

Kurt Müller

Alt Nationalrat
Dr. Kurt Müller, Meilen

Man könnte sich die Arbeit leicht machen und die Frage: Regieren wir am Volk vorbei? mit Überzeugung mit Nein beantworten: In der direkten Demokratie führt kein Weg am Volk vorbei. Die entscheidenden Fragen werden – je nach Kompetenzordnung der Kantone und des Bundes – vom Volk beschlossen. Die Kantone verfügen über einen noch engeren Spielraum als der Bund. Für Gesetze und Ausgabenbeschlüsse besteht entweder das obligatorische oder das fakultative Referendum. In einigen Kantonen wird die Regierung an der Landsgemeinde sogar direkt mit dem Volk konfrontiert. Also führt kein Weg am Volk vorbei, und die kantonalen Exekutiven und Legislativen können auch nicht an ihm vorbeiregieren. Mit diesem institutionellen und rationalen Argument lässt sich die Kritik jedoch nicht einfach beseitigen.



Eine knappe Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer glaubt keinen Einfluss auf die Tätigkeit der Regierung zu haben.

(Photos Stahl)

Regieren wir am Volk vorbei?

Ständerat Andreas Iten (ZG)

In der Frage, ob wir am Volk vorbeiregieren, manifestiert sich eine bestimmte Befindlichkeit des Volkes. Es kommt zum Ausdruck, dass sich die Regierenden vom Volk entfernt, weder dessen Bedürfnisse noch Gefühle richtig interpretiert, noch die entscheidenden Argumente verstanden hätten.

Es ist interessant, dass der Satz meistens oder fast ausschliesslich nach staatspolitisch wichtigen Abstimmungen auftaucht.

So wurde er nach der Abstimmung über die CH 91 und nach der EWR-Abstimmung erhoben. Das waren zwei Abstimmungen, die die Volkseele sehr tief berührten. Es ging hier nicht bloss um die Frage, ob ein bestimmtes Gesetz in Kraft treten solle oder ein Bauwerk errichtet werden dürfe. Es ging um mehr.

CH 91

Bei der Abstimmung über die CH 91 stand für das Volk die Frage im Vordergrund, ob die dezentralen Ereignisse den Geist der Innerschweiz angemessen repräsentieren und widerspiegeln würden. Ein Journalist brachte es auf den Punkt, als er sagte, die geplanten

ten Ereignisse, von gescheiterten Leuten schön erfunden und geplant, seien am Landesstolz der Innerschweiz vorbeigegangen. Das Volk habe sich mit ihnen nicht identifizieren können.

Es war das Gefühl entstanden, die Ereignisse würden nicht nach aussen darstellen, was das Volk nach innen fühle. Es fehlte also an der Repräsentanz. Die grosse Mehrheit konnte in den Projekten keine Übereinstimmung mit dem vorherrschenden Selbstverständnis des Volkes entdecken. Deshalb kam nicht nur eine emotionale

Distanz zur CH 91 auf, sondern auch zu deren Repräsentanten, den Regierungen und den Ausstellungsmachern.

Das Nein zur CH 91 war ein Ja zur regionalen Identität. Für die Identität ist die gemeinsame Geschichte, die gemeinsame Sprache und die gemeinsame Lebenskultur bestimmend.

Nur über die je eigene Vergangenheit haben wir Zugang zu uns und den anderen.



Mangelnde Bürgernähe: Volksvertreter und Volksvertreterinnen müssen diesen Vorwurf ernst nehmen.

Diese Herkunfts- und Vergangenheitsbestimmung ist in der Innerschweiz noch stark lebendig. Der Ablehnung der CH 91 ist ein konservatives Moment nicht abzusprechen. Dieses konservative Moment soll den Menschen vor dem Modernitätsdruck bewahren.

Ich will die Analyse der Ablehnung der CH 91 nicht weiterführen. Vielmehr gilt es zu überlegen, warum die Aussage «am Volk vorbeiregieren» bei solchen Anlässen so vehement vorgetragen wird.

EWR

Der gleiche Vorwurf tauchte nach der EWR-Abstimmung wieder auf. Auch hier wie bei der CH 91 spielte das regionale Bewusstsein eine grosse Rolle. Die geschichtliche Verankerung und die Bindung an kulturelle und rechtliche Traditionen machten es den Bürgerinnen und Bürgern schwer, den EWR-Vertrag anzunehmen. Dass sich alle kantonalen Regierungen deutlich und klar für den EWR aussprachen, konnte so nicht verstanden werden. «Die regieren am Volk vorbei. Die da oben begreifen uns nicht.» Ja es wurde sogar von Verrat an Volk und Geschichte gesprochen.

Wie sollen wir Politiker mit solchen Vorwürfen umgehen? Soll man sie in den Wind schlagen? Sollen wir

auf den Führungsauftrag pochen und darauf bestehen, dass wir uns gründlicher damit befassen, was dem Volk diene?

Distanz

Es gehört zur politischen Arbeit, dass man Kritik, die aus der Bevölkerung kommt, ernst nimmt. Der Satz, man regiere am Volk vorbei, ist ein Zeichen für eine sich von Fall zu Fall anbahnende und sich schleichend fortsetzende Distanz zwischen Volk und Regierung. Eine solche Distanz beeinträchtigt die Auseinandersetzung in der direkten Demokratie.

Es ist symptomatisch, dass im Zusammenhang mit der EWR-Abstimmung das Wort von der «classe politique» in aller Munde war. Das Wort dient der Bildung einer Kluft zwischen dem Souverän und den Politikern. Es wurde ein Graben aufgerissen.

Wenn es nicht gelingt, diesen Graben abzubauen, dann wird der Dialog zwischen Volk und Politik abreißen. Die Auseinandersetzungen werden unsachlicher und entfernen sich vom guten Stil unserer Demokratie.

Damit postuliere ich nicht etwa emotionslose Abstimmungskämpfe. Es gibt auch eine Vernunft der Gefühle. Die Gefühle wissen oft sogar mehr als der Verstand. Rationalität ist nicht der alleinige Schlüssel zur Lösung politischer Probleme. Wenn aber das konstruktive Misstrauen von einem destruktiven oder prinzipiellen abgelöst wird, dann verkommt die Sachdemokratie.

Misstrauen

Wir befinden uns heute in einer äusserst schwierigen Zeit. Das Misstrauen nimmt zu. Das Ansehen der Politiker sinkt. Der Univox-Jahresbericht über die «Direkte Demokratie» von 1992 zeigt, dass die Gefühle der Politik gegenüber grossen Schwankungen ausgesetzt sind.

Vierzig Prozent der Schweizer Wahlberechtigten legen 1992 negative Gefühle offen. «Vor allem Gefühle von Misstrauen und Enttäuschung werden gegenüber 1988 weit häu-

figer genannt. Der markante Anstieg von negativen Gefühlen findet vor allem zulasten der klar positiv besetzten Gefühle statt: vor allem der Anteilnahme.» Das bedeutet, dass in den letzten Jahren eine Verlagerung von einer emotional distanzierten Anteilnahme hin zu einer emotionalen Distanzierung stattgefunden hat.

Wenn wir zur Frage zurückkommen, ob am Volk vorbeiregiert werde, so scheint dies damit einherzugehen, dass im Vergleich zu früheren Befragungen die Meinung vorherrscht, dass die wahrgenommene Fähigkeit, die Regierung zu beeinflussen, sinke.

Eine knappe Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer glaubt, keinen Einfluss auf die Tätigkeit der Regierung zu haben.

Dialogbereitschaft

Die Univox-Analyse bestätigt wissenschaftlich, dass die Bevölkerung glaubt, die Politik gehe eigene Wege. «Insgesamt fällt zwar die Bilanz für die interne Wirksamkeit schlechter aus als für die externe: Im Mittel schätzen 61 Prozent ihre individuellen Einflussmöglichkeiten negativ ein; 56 Prozent beurteilen die Dialogbereitschaft der politischen Akteure mit der Bürgerschaft negativ.

In der Wahrnehmung dieser Dialogbereitschaft finden aber seit 1989 die stärksten Veränderungen statt. 1992 schätzt diese eine Mehrheit der Schweizer Bürger und Bürgerinnen definitiv negativ ein. Dabei scheint sich der Trend der mehrheitlich schlechten Bewertung der Antwortbereitschaft von Parteien und Politikern auf einem gewissen Niveau zu stabilisieren.

Indessen steigt aber der Anteil jener, die bei den Volksvertretern und Volksvertreterinnen eine mangelnde Bürgernähe feststellen. Mittlerweile sind ganze 65 Prozent der Ansicht, dass die Abgeordneten im Parlament ziemlich rasch den Kontakt zum Volk verlieren, und sie fühlen sich mangelhaft vertreten.»

Die Untersuchungen der Univox kommen zum Ergebnis, dass klar eine Tendenz einer allgemeinen Ent-

fremdung zwischen politischer Elite und Basis auszumachen sei. Im Lichte dieser Feststellung ist die Frage, ob wir am Volk vorbeiregieren, sehr ernst zu nehmen.

Der Vertrauensverlust der Politik ist eindeutig grösser geworden. Ein einfacher Mann gab sich gelassen, als er sagte: «Wir müssen keine Sorge zu unseren Politikern tragen. Wir können sie auswechseln, wenn sie uns nicht mehr passen. Aber wir müssen Sorge tragen zu unserem Volk und zu seinen Rechten.»

Punktuell und pragmatisch

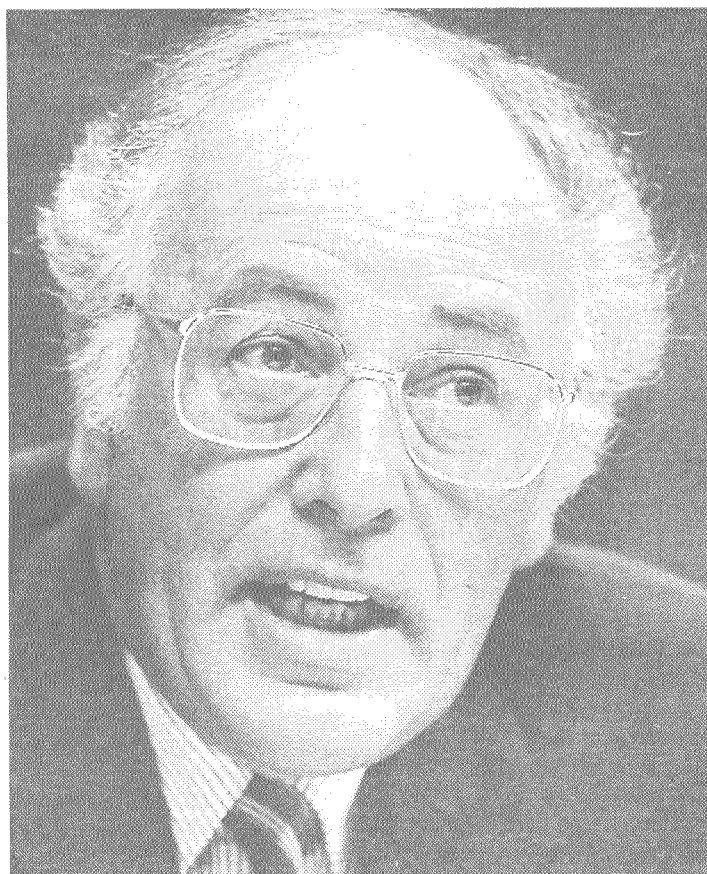
Die schweizerische Politik tut sich schwer damit, von einem rein pragmatischen Stil abzuweichen und sich auch mit tieferen, geistig-gesellschaftlichen Fragen zu beschäftigen. Die schweizerische Art der Repräsentation des Staates durch Politik ist punktuell und pragmatisch. Es gehört zum guten Stil und Ton, dass Themen verschwiegen werden, die nicht aktuell sind.

So ist weder die 700-Jahrfeier noch die EWR-Abstimmung geistig von langer Hand vorbereitet worden. Wenn ich dies sage, beschränke ich mich auf die Deutschschweiz, denn gerade die Romandie ist anders vorbereitet worden.

Die Deutschschweiz hat keine Tradition der geistigen und philosophischen Repräsentation des Staates durch die Politik und die intellektuellen Eliten. Für viele Intellektuelle sind der Staat und seine Werte kein Thema.

Der französische Soziologe Pierre Bourdieu bemängelt in einem Interview das «Schweigen der Politiker». Sie seien ausserordentlich sparsam mit mobilisierenden Idealen. Dies komme von der Professionalisierung der Politik, die verhindere, dass enthusiastische Persönlichkeiten hervortreten. Dies würde die politische Karriere behindern oder gar verunmöglichen.

Fortsetzung auf Seite 12



Ständerat Andreas Iten: «Die schweizerische Politik tut sich schwer damit, von einem rein pragmatischen Stil abzuweichen und sich auch mit tieferen, geistig-gesellschaftlichen Fragen zu beschäftigen.» (Photo ruti)

Eine Neuordnung des politischen Spektrums

Wer das politische Geschehen im In- und Ausland aufmerksam verfolgt, stellt überall, besonders seit der Entspannung Ost - West, eine Verhärtung des politischen Klimas fest. Interne Machtkämpfe auf jeder Stufe sind an der Tagesordnung, es wird zu oft stur an veralteten Thesen und Ideologien festgehalten. Dies ist angesichts der vielen «echten» Probleme unverantwortlich. Ein Umdenken tut not.

Pierre Rom*

Mit der praktischen Anwendung der durch die Französische Revolution geprägten Schlagwörter «Liberté, Egalité, Fraternité» zeigte es sich schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts, dass Freiheit und Gleichheit nicht vereinbar sind.

Gleichheit kann nämlich nur durch die Einengung der individuellen Freiheit erreicht werden, andererseits verlangt das Ideal der Freiheit die Akzeptanz der Unterschiede und Gegensätze zwischen den Individuen.

Diese Diskrepanz führte Ende des 19. Jahrhunderts zu einer Spaltung des Liberalismus: Während die Freisinnigen die Freiheit als höchsten Wert betrachteten, gaben die Sozialisten der Gleichheit die höchste Priorität: Die Gleichheitstheorie wurde ihr weltanschaulicher Kern. Für die Sozialisten sind alle Menschen von Geburt aus gleich, nur die Umwelt, also das Milieu, sei für den Lebensweg und für die Ausbildung der Intelligenz massgebend. Ziel wurde eine klassenlose Gesellschaft, die über den Einsatz staatlicher Machtmittel erreicht werden soll.

Besonders die Kommunisten versuchten im grossen Stil, die politische Umwelt zu verändern, um so einen völlig neuen, besseren und fähigeren Menschen zu schaffen. Die Geschichte zeigt aber, dass die Menschen doch nicht alle gleich sind und sich auch nicht

ändern lassen. Und trotzdem wird weltweit weiter versucht, diese Gleichheit zu erzwingen.

Der Sozialismus im Umbruch

Führende Sozialisten erkannten schon frühzeitig die Schwächen ihrer angewandten Methoden. Sie traten dafür ein, die Neuordnung der Gesellschaft im Rahmen des parlamentarisch-demokratischen Staates und in den Formen des Rechtsstaates zu vollziehen. Die Sozialisten, bisher reine Oppositionsparteien, traten in die Regierungen ein (in der Schweiz 1943). Ihr Ziel jedoch, die Neuordnung der Gesellschaft auf der Basis der Gleichheitstheorie, blieb bestehen.

Heute wieder, auf Grund der politischen Entwicklung und aufgeschreckt durch die oft autoritäre Führung und Starrköpfigkeit ihrer Exponenten, rufen namhafte Sozialisten aus allen Ländern zur Besinnung und zum Überdenken ihrer Ziele und ihrer Arbeitsweise auf. Dies wird auf das politische Spektrum, auch in der Schweiz, seine Auswirkung haben.

Eine politische Grenzbereinigung

Angesichts der heutigen Entwicklung sollte in der Politik nicht mehr zwischen links und rechts unterschieden werden, sondern mehr zwischen denjenigen, welche die Gleichheit der Menschen erzwingen wollen, und denjenigen, welche eine optimale Freiheit des Einzelnen anstreben.

Beide Trennungslinien verlaufen nicht gleich. Nicht alle, die

sich zu einer Partei oder Gruppierung bekennen, sind sich bewusst, auf welcher Seite der Trennungslinie Gleichheit/Freiheit sie stehen. Das Schema links/rechts ist überholt. So werden zum Beispiel im Kanton Bern die «Schweizer Demokraten» und die mit ihnen verbündeten «Kleinverdiener» und «Rentner sprechen mit» auf der äussersten Rechten angesiedelt. Sind sie das wirklich?

Der Vorschlag, die politischen Parteien nicht mehr nach dem Schema links/rechts einzustufen, mag in einer ersten Betrachtung als unwichtig erscheinen. Doch wird eine Vorlage mit der Frage: «Wird hier die individuelle Freiheit unnötigerweise eingeengt, oder wird hier gar in Gleichmacherei gemacht?» besser und wirkungsvoller beurteilt als nach der Farbe der beteiligten Parteien. Eine konsequente Anwendung dieses Kriteriums würde heute erstarrte Positionen aufweichen, die politische Stellung der einzelnen Gruppierungen besser aufzeigen und die Meinungsbildung vereinfachen. □

Fortsetzung von Seite 11

Die pragmatische Anpassung an die Forderungen des Augenblicks gehört offenbar zum Kalkül der politischen Karriere. Und hier mag das Misstrauen des Volkes gegen die Politik ein weiteres Mal ansetzen.

Indiz

Aus dem Gesagten lässt sich die Forderung ableiten, dass die Politiker alle Aspekte, Werte, Ideale und Auffassungen, die dem Volk wesentlich und heilig sind, zu repräsentieren haben.

Wir sollten uns jenseits der Tagespolitik damit befassen, wie dies zu machen ist. Diese Überlegungen sind aber auch bei jeder Gesetzesvorlage, die staatspolitisch von Bedeutung ist, zu machen.

Es ist unbestritten, dass die offizielle Politik über immer weniger Kredit verfügt. Die Behauptung, es werde am Volk vorbeiregiert, ist als Indiz zu werten, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger den Wunsch haben, den Dialog zwischen Souverän und Regierung nicht abreißen zu lassen.

Ich empfinde diesen kritischen Vorwurf nicht als Absage an die Regierenden, sondern als Verteidigung des Willens, die Probleme auf Grund einer Übereinstimmung mit den Behörden zu lösen: ein Grund mehr, den Vorwurf ernst zu nehmen. □

LFSA

Einschränkung der Ausländerregelung

Der Zentralvorstand (ZV) des Landesverbandes freier Schweizer Arbeitnehmer (LFSA) hat sich zu seiner ordentlichen Frühjahrssitzung getroffen. Zur Diskussion Anlass gab insbesondere die neue Ausländerregelung des Bundesrats. Diese erleichtert die Erwerbstätigkeit ausländischer Führungskräfte und Fachleute auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt. Der LFSA-ZV schlägt vor, im Rahmen der Bundesbildungsoffensive ent-

sprechende Mangelberufe gezielt zu fördern.

Der LFSA-ZV empfindet es als stossend, dass der Vorrang inländischer Arbeitnehmer entfallen ist, besteht doch die Gefahr des Lohndumpings. Gerade in der heutigen Zeit mit einer zunehmenden Langzeitarbeitslosigkeit stösst diese Massnahme auf wenig Verständnis.

Der LFSA-ZV empfiehlt deshalb, diese Anordnung nur für jene Länder gelten zu lassen, die für schweizerische Arbeitnehmer Gegenrecht halten. □

* Ehemaliger Sekretär der FDP Kanton Bern.

Umwelt- und Energiepolitik im Zeichen der Deregulierung

Unsere Partei ist herausgefordert: Seit Jahren plädieren wir dafür, im Umweltschutz mehr auf marktwirtschaftliche Instrumente und weniger auf Vorschriften zu bauen.

Walter Schiesser*

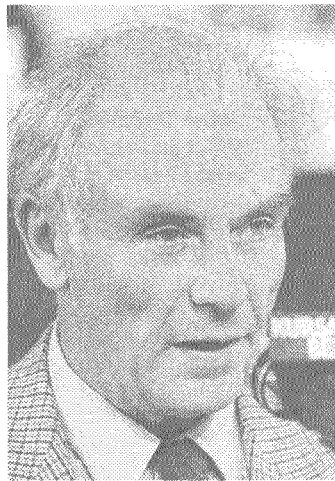
In unseren Zielsetzungen 1991 bis 1995 liest man im Abschnitt «Wirtschaft und Finanzen»: «Sogenannt marktwirtschaftliche Instrumente des Umweltschutzes ermöglichen eine Senkung der Umweltschutzkosten und sind gleichzeitig ökologisch erfolgreicher.» Im Abschnitt «Umweltschutz» heisst es, langfristig sei «eine Lenkungsabgabe zur massiven Verteuerung der Energie in Betracht zu ziehen». Und auch im Abschnitt «Energie» äussern wir uns unmissverständlich:

«In der gesamten Energiepolitik sind marktkonforme Instrumente einzusetzen.»

Taten

Jetzt ist aus zwei Gründen der Augenblick gekommen, den Worten Taten folgen zu lassen: Zum einen impliziert unser Ruf nach *Deregulierung* ein verstärktes Engagement für den marktwirtschaftlichen Umweltschutz, zum anderen werden wir uns demnächst mit einer Vorlage des Bundesrates zur Einführung einer *CO₂-Lenkungsabgabe* oder einer *Energiesteuer* zu befassen haben.

In dieser Situation geht es darum, *aktiv und konstruktiv*



Walter Schiesser: «Für ein defensives «Jein» zum marktwirtschaftlichen Umweltschutz ist kein Platz mehr.» (Photo ruti)

ktiv an der politischen Meinungs- und Willensbildung mitzuwirken. Für ein defensives «Jein» zum marktwirtschaftlichen Umweltschutz ist kein Platz mehr.»

schafflichen Umweltschutz nach dem Motto «im Prinzip ja, aber so gerade nicht» ist kein Platz mehr.

Vielmehr haben wir uns darauf vorzubereiten, dem Konzept des Bundes, wenn es nicht zu überzeugen vermag, ein besseres gegenüberzustellen. Dabei können wir uns auf parteiintern geleistete Vorarbeit abstützen, nämlich auf das vom Energie- und vom Umweltausschuss entworfene und am 22. November 1991 vom Delegiertenrat verabschiedete Positionspapier über den Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente in der Umwelt- und Energiepolitik.

Was nun die geplante Einführung einer *CO₂-Lenkungsabgabe* oder einer *Energiesteuer* betrifft, so ist selbstverständlich davon auszugehen, dass die Schweiz keine einsame Insel im Weltall ist. Wir können nicht ohne Berücksichtigung der Entwicklung in der EG und im grösseren Rahmen der OECD vorgehen, und wir haben die *vitalen Interessen unserer Wirtschaft* und insbe-

Fortsetzung auf Seite 14

Veranstaltung

Für eine umwelt- und wirtschaftsverträgliche Energiepolitik

Tagung vom 26. Juni 1993, Hotel Bellevue, Salon Royal, Bern, Kochergasse 5

PROGRAMM

- 10.30 **Begrüssung**
Ständerat Kurt Schüle, Präsident des Energieausschusses
- 10.40 **«Sustainable Development» als übergeordnetes Ziel**
Walter Schiesser, Präsident des Umweltausschusses
- 11.00 **Ökologisierung des Steuersystems**
Dr. Max Zürcher, Wirtschaftsförderung
- 11.20 **Kompatibilität mit der Finanzpolitik**
Ständerat Kurt Schüle
- 11.40 **Le défi écologique dans l'Etat libéral**
Dr. Anne Petitpierre
- 12.00 **Die Situation der energieintensiven Basisindustrie**
Jacob Schmidheiny, Präsident des Verwaltungsrates der Zürcher Ziegeleien Holding
- 12.20 **Energie- und Umweltpolitik aus der Sicht der Forschung**
Prof. Meinrad K. Eberle, Direktor des Paul-Scherrer-Institutes
- 12.40 Mittagsverpflegung am Buffet
- 13.30 **Panel mit den Referenten: Welche Abgaben und welche Steuern?**
Moderation Dr. Felix Auer, alt Nationalrat

14.15 **Kommentierung und Beurteilung von vorgängig verschickten Thesen zur Energie- und Umweltpolitik durch die Teilnehmer**

Leitung Ständerat Kurt Schüle

15.15 **Zusammenfassung und Schlusswort**

Walter Schiesser

15.30 Schluss der Tagung

Kosten: Fr. 40.- inkl. Mittagsbuffet

Zu dieser Tagung sind alle FDP-Mitglieder herzlich eingeladen.

Anmeldetalon

Ich nehme an der Tagung vom 26. Juni 1993 in Bern teil:

Name: _____

Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 21 19 51.

Ja zur Revision der MAV

Die Vernehmlassungsantwort zur neuen Regelung über die Anerkennung der Maturitätsausweise ist am 25. Februar 1993 vom Zentralvorstand der Jungliberalen Bewegung der Schweiz (JBS) diskutiert worden. Die JBS äussert sich zustimmend zur Idee der Revision dieser Regelung.

Claude Bertelletto*

Die Anpassung des heutigen Systems an die Entwicklungen in der Gesellschaft scheint der JBS unbedingt notwendig. Die JBS hält es für nötig, dass das Gymnasium die unentbehrlichsten Kenntnisse vermittelt, die den Zutritt zur Universität ermöglichen.

Die JBS gibt zu, dass verschiedene Fakultäten in Schwierigkeiten geraten könnten, wenn die zukünftigen Studenten die Wahlfächer nicht so auswählen, wie es nötig wäre.

* Vizepräsidentin JBS

Die JBS würde sich nicht gegen die Einführung einer Aufnahmeprüfung für bestimmte Fächer und für bestimmte Studenten sträuben. Nach einer langen Diskussion über die Vor- und Nachteile der verschiedenen Maturitätstypen stimmte die JBS dem vorgeschlagenen Wahlsystem zu.

Aus eigenen Erfahrungen kommen die Mitglieder des Zentralvorstandes zum Schluss, dass der Verzicht auf die verschiedenen Maturitätstypen eine grössere Flexibilität und Individualisierung der gymnasialen Ausbildung ermöglicht.

Jeder Student könnte somit in einem vorgegebenen Rahmen nach seinem eigenen Geschmack und seinen Begabungen ein Programm aufstellen.

Eine solche Freiheit setzt eine höhere Verantwortung der jungen Schüler voraus. Im Endeffekt könnte eine zu pragmatische Wahl die Türen einiger Fakultäten schliessen. Der kleine Kern der Pflichtfächer ist ein Muss für eine Ausbildung, die als allgemein angesehen werden kann.

Die JBS ist sich vollkommen bewusst, dass zwischen der Forderung nach Allgemeinbildung auf hohem Niveau und Reduktion der obligatorischen Fächer ein Gegensatz besteht. Bei den Wahlfächern betont die JBS das Risiko, dass an verschiedenen Schulen wegen wirtschaftlicher Gründe eine so breite Palette von Möglichkeiten, wie sie gefordert wäre, nicht offeriert werden könnte.

Die JBS fordert keine interdisziplinäre Arbeit. Die JBS stellt fest, dass ein solches Projekt kaum einmal auf universitärem Niveau zu verwirklichen ist. Auf gymnasialer Ebene würde diese Arbeit eine Anpassung der Infrastruktur erfordern. So müssten die Lehrer von Assistenten umkreist werden. Damit wird klar: Aus finanziellen Gründen muss auf die Forderung einer interdisziplinären Arbeit verzichtet werden.

Die JBS erachtet es als notwendiger denn je, dass die dritte Sprache obligatorisch wird und die Note bei der Matura mit einem Zehntel zählt.

Die JBS ist sich bewusst, dass die englische Sprache viel praktischer ist als die italienische für die Französisch- und die Deutschsprechenden. Sie erachtet es dennoch als wichtig, dass die Jungen ihre Heimat kennenlernen. □

Fortsetzung von Seite 13

sondere unserer Exportwirtschaft im Auge zu behalten. Doch wir können dabei auch zu vorsichtig, zu defensiv sein.

«Öko-Effizienz»

An der kürzlich in Bern vom Bundesamt für Konjunkturfragen und der Wirtschaftsförderung durchgeführten Tagung über die rationelle Verwendung von Elektrizität («RAVEL») ist überzeugend auf die Vorzüge der «Energie-Fitness» hingewiesen worden. «Öko-Effizienz», um die sich laut Stephan Schmidheiny fortschrittliche Unternehmen nicht nur im öffentlichen Interesse, sondern auch «zur Steigerung der (eigenen) Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit» einsetzen, verlangt unter anderem die effizientere Verwendung von Ressourcen und damit auch von Energie.

Entsprechende Massnahmen liegen also, wenn sie zweckmässig ausgestal-

tet sind, im Interesse sowohl der Wirtschaft wie der Umwelt.

Auf dem internationalen Parkett kann und soll die Schweiz bei der Belastung der CO₂-Emissionen oder des Energieverbrauchs keine Winkelried-Rolle übernehmen. Aber sie kann und soll in der Spitzengruppe der europäischen Staaten dabeisein (was sie heute nicht ist) und sich für eine fortschrittliche Umwelt- und Energiepolitik einsetzen.

Meinungsbildung

Für die freisinnige Umweltpolitik muss dabei eines klar sein: Deregulierung darf nicht zum Vorwand werden, um den Umweltschutz zu schwächen. Diese Forderung ist Ende Januar an der zweitägigen Fraktions-sitzung auf dem Chaumont gutgeheissen worden. Vielmehr ist nach Lösungen zu suchen, mit denen sich die Ziele im Sinne liberaler Prinzipien mit möglichst geringer Einschränkung unternehmeri-

scher und persönlicher Freiheit erreichen lassen. In diesem Sinne sind auch die beiden Postulate zu verstehen, welche Ständerätin Christine Beerli (Bern) und Nationalrätin Lily Nabholz (Zürich) auf Grund von Beratungen im Umweltausschuss eingereicht haben. (siehe Kasten)

Die Tagung vom 26. Juni (vgl. Programm auf Seite 13) bietet allen Parteimitgliedern Gelegenheit, an der Meinungsbildung zu diesem wichtigen Problemkreis teilzunehmen. □

FDP-Vorstoss

Mehr Effizienz in der Umweltpolitik

Mehr Effizienz in der Umweltpolitik fordert ein Vorstoss, der durch FDP-Nationalrätin Lily Nabholz (ZH) und FDP-Ständerätin Christine Beerli (BE) eingereicht wurde. Die freisinnigen Politikerinnen halten in ihrem Postulat fest, dass die Ziele des Umweltschutzes nicht in Frage zu stellen sind. In den letzten zwanzig Jahren ist jedoch die Umweltschutzgesetzgebung in der Schweiz sehr schnell gewachsen. Die Parlamentarierinnen fordern den Bundesrat daher auf, Schritte in Richtung einer effi-

zienteren Umweltpolitik einzuleiten.

Konkret schlagen die Postulantinnen vor, Detailvorschriften, die ein ungünstiges Kosten-Wirksamkeits-Verhältnis aufweisen, zu eliminieren. Verwaltungs- und Verfahrensabläufe sollen in bezug auf Aufwand und Zeitbedarf überprüft werden. Die Einflüsse, die von anderen Politikbereichen wie z. B. Verkehrs-, Energie- und Landwirtschaftspolitik auf die Umwelt einwirken, sollen vermehrt berücksichtigt werden. □

Kartellverbots- oder Missbrauchsgesetzgebung?

Wenn über die Revitalisierungsbestrebungen des Wirtschaftsstandortes Schweiz gesprochen wird, taucht alsbald die Forderung nach einem strafferen Kartellrecht auf. Zahlreiche Kartelle und kartellähnliche Organisationen werden als wettbewerbsverfälschend und volkswirtschaftlich schädlich angesehen. Nur mittels einer Revision des Kartellrechts könne diesem Zustand Einhalt geboten werden. An die Frage der Revision knüpft gleichsam auch die Frage nach dem Prinzip. Kartellverbots- oder Missbrauchsgesetzgebung stehen zur Diskussion.

 Sven Bradke*

Die schweizerische Bundesverfassung besagt, dass der Bund befugt ist, «nötigenfalls in Abweichung von der Handels- und Gewerbefreiheit, Vorschriften zu erlassen: ... gegen volkswirtschaftlich oder sozial schädliche Auswirkungen von Kartellen oder kartellähnlichen Organisationen».

Kartellkommission

Kartelle sind folglich nicht verboten. Sie sind vielmehr so lange zulässig, als sie keine beweisbaren volkswirtschaftlichen oder sozial schädlichen Auswirkungen auf die Funktionsfähigkeit der Märkte bzw. der Preise ausüben. Die Beweisführung der Schädlichkeit liegt bei der Schweizerischen Kartellkommission. In mühsamen und langwierigen Verfahren muss diese Milizbehörde gemäss der im Gesetz vorgeschriebenen Saldomethode untersuchen, ob das Verhalten von Unternehmen, eines Vereins oder einer Organisation volkswirtschaftlichen oder sozialen Schaden anrichtet.

Dieses Verfahren unterliegt verschiedenen Mängeln. Beispielsweise ist die Auslese der Untersuchungen oftmals willkürlich, da der Kommission die Übersicht über die existieren-

den Kartelle und kartellähnlichen Organisationen fehlt. Wenige werden mit den beschränkten personellen Möglichkeiten näher untersucht, viele fallen durch die Maschen des Netzes.

Eine Beurteilung nach der volkswirtschaftlichen Schädlichkeit der Nützlichkeit von Kartellen lässt im weiteren einen Interpretationsspielraum zu, den Betroffene mittels Rekursverfahren oftmals zu nutzen versuchen. Denn langjährige Verfahren beeinträchtigen die angestellten Untersuchungen dadurch, dass sich die Marktsituation seit der Beurteilung wesentlich verändert haben kann und die ganze Beweisführung der Kommission zur Makulatur wird.

Handlungsbedarf

Die Defizite des heutigen Kartellrechts sind erkannt. Ein Handlungsbedarf scheint unbestritten. In der Legislaturplanung 1991 bis 1995 schrieb der Bundesrat, dass der Wechsel zu einer Kartellverbots-gesetzgebung vorzubereiten sei, «da sich die Durchsetzung des Missbrauchsverbots als langwierig und wenig effizient erwiesen hat». Freistellungen vom generellen Kartellverbot sollten nur beim Nachweis des volkswirtschaftlichen oder sozialen Nutzens zugelassen werden.

Für ein derartiges Kartellverbot spricht, dass die Kartellbehörde Transparenz über die vorhandenen Kartelle besitzt, da sich jedes Kartell offiziell anmelden und der Nachweis zum Nutzen erbracht werden

muss. Nicht gemeldete Kartelle würden generell als rechtswidrig angesehen werden.

Nebst der gesteigerten Transparenz erhöhte eine Kartellverbotsregelung auch die Rechtssicherheit für die gemeldeten Kartelle. Im weiteren ist der administrative Aufwand überschaubarer, da nur Freistellungen begutachtet werden, während bei der Missbrauchsgesetzgebung jeglicher Vermutung auf volkswirtschaftliche oder soziale Schädlichkeit administrativ nachgegangen werden muss. Beide Systeme können zwar, je nach Praxis der Freistellungen bzw. der Verbote, zum gleichen Ergebnis gelangen; unterschiedlich ist hingegen der benötigte Aufwand.

Sofern eine starke Wettbewerbsbehörde, welche die Spielregeln des freien Wettbewerbs überwacht und garantiert, gewünscht wird, scheint für ein kleines Land eine Kartellverbots-gesetzgebung geeigneter zu sein. Zudem erfüllt das Verbotprinzip die Bedingung der Europakompatibilität besser als eine Missbrauchsgesetzgebung.

Gesetzesrevision

Mit dem Programm zur marktwirtschaftlichen Erneuerung hat der Bundesrat jedoch zurückbuchstabiert. Damit eine Verfassungsänderung nicht notwendig wird, eine Kartellrechtsrevision aber beschleunigt werden kann, soll durch eine Gesetzesänderung das verfassungsmässige Missbrauchsprinzip voll ausgeschöpft werden. Die Zielsetzung ist die Schaffung eines «faktischen Kartellverbots» mit einer «präventiven Fusionskontrolle für marktmächtige Unternehmen» (vgl. Kasten).

Findet dadurch nicht eine unnötige Vermischung der Prinzipien statt? Glaubt man, dass die wirtschaftlichen Vorteile einer Revision des Gesetzes dermassen hoch sind, dass auf die etwas länger dauernde Prozedur einer Verfassungs-

revision (vorläufig) verzichtet werden muss?

Überdenken

Untersuchungen zum EWR-Vertrag haben gezeigt, dass ein schärferes Kartellrecht positive Auswirkungen auf die schweizerische Volkswirtschaft hätte. Die Werte werden allerdings in der Öffentlichkeit masslos überschätzt. Eine übereilte Gesetzesrevision, die nachträglich durch eine Kartellverbotsinitiative des Landings, der Totalverfassungsrevision der Bundesverfassung oder eines späteren EWR-

Fortsetzung auf Seite 16

Kernstücke der Kartellgesetzrevision

- Griffigere und stärker wettbewerbsorientierte Kriterien zur Beurteilung von Kartellen und anderen Marktabsprachen sowie von Praktiken in Ausnutzung einer marktbeherrschenden Stellung. Insbesondere sollen für jene Kartellpraktiken, welche in der Regel schädlich wirken (z. B. Preis-, Mengen- und Gebietskartelle), Vermutungstatbestände und damit ein faktisches Kartellverbot geschaffen werden.
- Die Möglichkeit einer präventiven Fusionskontrolle für marktmächtige Unternehmen.
- Die Straffung der Verfahren unter dem Gesichtspunkt der Effizienz und der Rechtsstaatlichkeit.
- Die Verbesserung jener Instrumente der Wettbewerbsbehörden, welche darauf abzielen, das Bewusstsein des Gesetzgebers sowohl auf Bundes- als auch auf kantonaler und kommunaler Ebene bezüglich der Auswirkungen von anderen Erlassen auf den Wettbewerb zu stärken.

BBJ Nr. 11, Band I vom 23. März 1993, S. 826 f.

* Mitarbeiter am Schweizerischen Institut für Aussenwirtschafts-, Struktur- und Regionalforschung (SIASR) an der Hochschule St. Gallen unter Prof. Hauser, engagiertes FDP-Mitglied. Arbeitet gegenwärtig an einer wirtschaftspolitischen Studie im Rahmen des NFP-28 (Nationalfondsprogramm 28).

Wer steckt hinter der neuen, internationalen Radikalen Partei?

Seit einigen Jahren flattert auf das Pult von Parlamentariern in ganz Europa die reich mit Mitgliederwerbung gefüllte Zeitung einer «Neuen Radikalen Partei». Stolz wird in der neuesten Ausgabe verkündet, dass sich in Italien bereits 37 000 Personen eingeschrieben hätten und 7,5 Millionen Dollar zur Selbstfinanzierung bereitstünden. Wer steckt hinter dieser neuen Partei?

**Ernst Cincera
FDP-Nationalrat ZH**

Radikal steht hier nicht für freisinnig – im Gegenteil! Von der Thematik her gibt man sich zwar einen liberalen Anstrich. Das Ziel wird als transnational und überparteilich beschrieben. Im internationalen Bereich finden regelmässig sogenannte Versammlungen der eingeschriebenen Parlamentarier statt. Im Juni 1993 werden deren fünfhundert aus sieben- unddreissig Ländern und achtzig Nationalparteien erwartet.

Weil zurzeit viele schweizerische Politiker und Parteisekretariate umworben werden, ist eine den Hintergrund beleuchtende Beurteilung dieser finanzstarken Organisation angebracht.

Anstoss aus der alten UdSSR

Der Anstoss zu dieser Parteigründung kam noch aus der alten UdSSR. Die Idee ist nicht neu, und Ziel und Inhalt entsprechen deshalb vollständig den Normen der bisherigen sozialistischen Internationale.

Nachdem man in den Ostblockländern, in Europa und den umworbenen Entwicklungsländern auf kein wesentliches Echo gestossen war, machten sich Linke in Italien, den rasanten Zerfall der italienischen Parteienlandschaft nutzend, daran, Schwung in die Sache zu bringen. Mit dem Angebot der Überparteilichkeit suchte man Überläufer aus allen Parteien und Bewegungen. Nur Rechtsextremisten bleiben ausdrücklich ausgeschlossen.

Die Parteistrukturen mit Allgemeinem Rat, Sekretär, Präsident, Kommissionen und Kongress sowie deren Befugnisse sind sowjetischen Mustern nachgebildet. Die neue transnationale Realität, so wird z. B. geschrieben, führe zur Ablehnung von Organisationsformen auf nationaler oder auch territorialer Ebene. So könne der gemeinsame Wille weit auseinander lebender Menschen besser zum Ausdruck gebracht werden.

Zentralistische Töne

Diese zentralistischen Töne kennen wir seit 1917, und man merkt deutlich, dass diese neue Partei den Untergang der weltumspannenden sozialistischen Idee kommunistischer Prägung unter Vermeidung abgewirtschafteter marxistischer Begriffe auffangen will.

Weiter erfährt man, der Erfolg der Radikalen Partei bestehe

darin, dass sie in der postkommunistischen Gesellschaft einige wichtige politische Initiativen startete wie die Kampagne zur Abschaffung der Todesstrafe, die Einführung des Zivildienstes, Zulassung der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen, Freigabe der Drogen, den Einsatz für gewaltfreie Konfliktlösungen, Kampagnen für Umweltschutz, Menschenrechte und Friedenspolitik.

Erfolg in der Schweiz?

Das zweitgrösste Mitgliederkontingent (nach Italien) von etwa 6000 Personen findet man in den GUS-Staaten. Zwanzig Prozent der Eingeschriebenen stammen aus muslimischen Ländern. Die Mitgliederbeiträge sind recht happig. Für die Schweiz beträgt er zurzeit 522 Franken jährlich. Die wichtigste Parteizentrale befindet sich in Rom, gefolgt von Brüssel und Moskau. Weitere Büros gibt es darüber hinaus nur noch in ehemaligen kommunistischen Staaten.

Bisher war der Erfolg der Radikalen Partei in der Schweiz gering. In Zürich liess sich Stadträtin Emilie Lieberherr dazu bewegen, eine von der Radikalen Partei angeregte Tagung von Vertretern jener europäischen Städte, welche für

die Freigabe der Drogen sind, zu organisieren und gleich das Patronat zu übernehmen. Im Kreise der unter «Schweiz» eingeschriebenen Parlamentarier ist bis jetzt lediglich der ehemalige LdU-Nationalrat Dr. Paul Günter zu finden, welcher nicht mehr im Landesring, sondern bei der SP eingeschrieben sein soll.

Fazit

Es handelt sich also bei der Neuen Radikalen Partei um den Versuch, den Untergang der kommunistischen Idee in einer neuen «Internationalen» aufzufangen, deren Tätigkeiten bei oberflächlicher Betrachtung als neutral empfunden werden sollen.

Es ist der alte Trick, um in weite Kreise infiltrieren zu können. Angeboten wird – so steht es im Werbetext – Hilfe für Parlamentarier und Aktivisten verschiedener Länder, um gemeinsame Aktionen unternehmen zu können. Haben wir diese Losung nicht schon einmal gehört? □

Fortsetzung von Seite 15

oder EG-Beitritts hinfällig wird, wäre langfristig vielleicht schädlicher als das Prozedere einer ordentlichen Verfassungsrevision.

Die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft beruht nämlich massgeblich auf der Stabilität und Rechtssicherheit einer wirtschaftlichen Rechtsordnung. Permanente Neuauflagen von Gesetzen gehen aber genau in die entgegengesetzte Richtung. Bei der Vernehmlassung zum neuen Kartellgesetz möge diese politische Fragestellung der Verfassungsrevision vielleicht nochmals überdacht werden. □



Zurzeit werden viele schweizerische Politikerinnen und Politiker von einer «Neuen Radikalen Partei» umworben. Nationalrat Ernst Cincera (FDP/ZH) weiss, was dahintersteckt.

SVFF: Nein zur Armeeabschaffung in Raten

Im Zeichen der eidgenössischen Abstimmung vom 6. Juni stand die jüngste Präsidentinnenkonferenz der Schweizerischen Vereinigung der Freisinnig-Demokratischen Frauen, SVFF, in Bern. Nach einem engagierten Referat von Ständerätin Christine Beerli verabschiedeten die FDP-Frauen eine Stellungnahme, in der sie sich klar gegen die beiden Initiativen aussprechen. Die Präsidentinnenkonferenz, die von SVFF-Präsidentin Franziska Frey-Wettstein geleitet wurde, beschloss ferner die Einsetzung einer Arbeitsgruppe zum Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann.

Madeleine Kuhn-Baer, Glarus*

Ständerätin Christine Beerli verurteilte in ihrem Referat das Vorgehen der Armeegegner, welches sie als verantwortungsloses Spiel mit der Sicherheit betitelte. «Friede braucht Schutz – auch in Zukunft», betonte sie.

Wer wie die GSoA nach wie vor eine Schweiz ohne Armee als Ziel anstrebt und dieses trotz Kriegen gegen wehrlose Menschen im Osten Europas idealisiert, betreibe Etikettenschwindel, handle unredlich und verspiele jede Glaubwürdigkeit.

Die komfortable Sicherheit der westeuropäischen Wohlstandsregion wird gemäss Beerli zunehmend von einem rapide um sich greifenden Zusammenbruch der Ordnung herausgefordert und bedroht: «Der oft beschworene Bogen der Instabilität zeichnet sich langsam ab». Das Regelwerk ineinandergreifender Institutionen wie Nato, EG, KSZE, Nato-

* Präsidentin FDP-Frauengruppe des Kantons Glarus.

Veranstaltungen

Die nächsten Anlässe der SVFF: Delegiertenversammlung am 12. Juni 1993 in Bern, Präsidentinnenkonferenz am 7. Oktober 1993.

Kooperationsrat, WEU und Europarat funktioniere heute noch nicht, von Abschreckung oder konflikt-dämpfender Wirkung könne keine Rede sein.

Eigene Fähigkeiten und Kräfte

«Aller Voraussicht nach wird die Schweiz im Jahr 1995 zur Enklave der EG. Macht es Sinn, mit dem Flugzeugkauf noch etwas zuzuwarten, bis die sicherheitspolitische Rolle dieser Enklave klar definiert ist?» Gemäss der FDP-Ständerätin ist die Schweiz gut beraten, wenn sie ihre Sicherheitspolitik auf eigene Fähigkeiten und Kräfte ausrichtet und sich so auf mögliche Bedrohungsszenarien vorbereitet, dass «das Verteidigungspotential der Armee überall dort, wo der Fall Schweiz geplant werden könnte, ernst genommen und die Risiken hoch eingestuft werden».

Für die Juristin hat die Verteidigungsarmee im Aussenverhältnis der Staaten diejenige Funktion zu übernehmen, welche die Gerichte für den innern Frieden innehaben. Die Streitkräfte können die Aufgaben zur Friedens- und Stabilitätswahrung aber nur dann leisten, wenn sie als Kampfinstrumente glaubhaft ausgebildet und ausgerüstet sind:

«Friedenserhaltende Operationen ohne diese Basis sind Potemkinsche Dörfer, ihre Unglaubwürdigkeit tritt im rauen Klima heutiger Regionalkonflikte offen zu-

tage. Deshalb lautet die Forderung richtigerweise, dass die Beteiligung der Armee an der Friedensförderung auf der Leistungsfähigkeit der Armee aufbauen und diese auch darstellen muss.»

Die Initiative gegen die Flugzeugbeschaffung wolle letztlich ernstzunehmende Abwehrbereitschaft in der Luft generell verunmöglichen. Die Waffenplatzinitiative bezwecke, die Moral der Wehrmänner dadurch zu brechen, dass keine zeitgemässen Unterkünfte und Ausbildungsplätze zur Verfügung stünden. Doch aufgepasst: «Wer sich zum wehrlosen Lamm zu machen sucht, dem droht, heute wie gestern, von Wölfen gerissen zu werden.»

Die Ständerätin bekannte sich zu einer freiheitlichen, liberalen, souveränen, welt offenen und solidarischen Schweiz, ebenso zur Schweizer Armee im Sinne ihres verfassungsmässigen Auftrages. Deshalb plädierte sie klar für zweimal Nein am 6. Juni.

Nach diesem umfassenden, pointierten Referat verabschiedeten die FDP-Frauen eine Stellungnahme, in der sie sich ebenfalls klar gegen die beiden Initiativen aussprechen (siehe Kasten). Präsidentin Frey-Wettstein machte zudem auf einen Brief aufmerksam, der von ihr sowie den Präsidentinnen der schweizerischen CVP-Frauen und der SVP-Frauenkommission unterzeichnet ist und sich gegen die «Armeeabschaffung in Raten» wendet.

Gleichstellungsgesetz

Der zweite Teil der Konferenz war der Sozialversicherung sowie dem Gleichstellungsgesetz gewidmet: Ursula Zollinger, Präsidentin der FDP-Frauengruppe Baden, orientierte in Vertretung von SVFF-Vorstandsmitglied Christine Egerzegi über den derzeitigen Stand der 10. AHV-Revision. Anschliessend stellte Dr. Claudia Kaufmann, Leiterin des Eidgenössischen Büros für die

SVFF-Position

2x Nein am 6. Juni 1993

Unseren Kindern zuliebe Frieden, unserem Frieden zuliebe die Armee, unserer Armee zuliebe eine taugliche Luftwaffe. Die Verhinderung der F/A-18-Flugzeuge als schützenden Luftschirm für Zivilbevölkerung und Bodentruppen bedeutet das Aus für unsere Defensivarmee.

Die Anti-Waffenplatz-Initiative ist irreführend. Das EMD plant keine zusätzlichen Waffenplätze, muss aber unzeitgemässe Anlagen und Truppenunterkünfte ersetzen und verlegen können. Bei Annahme der Initiative ist das nicht mehr möglich.

Das Beispiel Bosnien zeigt, dass das Fehlen einer schlagkräftigen Armee nicht dem Frieden dient und die Zivilbevölkerung schutzlos unvorstellbaren Grausamkeiten ausgeliefert ist. Darum stimmen die schweizerischen freisinnigen Frauen: Nein zur Initiative gegen die Flugzeugbeschaffung, Nein zur Initiative «40 Waffenplätze sind genug».

Sie verabschiedeten ferner ein gemeinsames Schreiben mit den schweizerischen CVP- und SVP-Frauen zur Abstimmung vom 6. Juni. Dieses Schreiben ist als Ergänzung zur gesamtschweizerischen Abstimmungspropaganda gedacht und richtet sich vor allem an den weiblichen Teil der Bevölkerung. □

Gleichstellung von Frau und Mann, den Entwurf des neuen Gleichstellungsgesetzes vor. Zu diesem Thema wird eine Arbeitsgruppe unter Leitung von Ursula Zollinger demnächst die Arbeit aufnehmen. □

Veranstaltung

Grosskundgebung

Gegen die Flugwaffen-Abschaffungs-Initiative und gegen die Anti-Waffenplatz-Initiative

Samstag, 22. Mai 1993, 14.00 bis 16.00 Uhr auf dem Bundesplatz in Bern

PROGRAMM

ab 14.00 Uhr Besammlung
ab 15.00 Uhr Kurzansprachen, Musik und Aktionen
16.00 Uhr Verabschiedung Resolution

Teilnahme ist Ehrensache!

Öffentliche Verkehrsmittel benutzen; Extrazüge aus allen Landesgegenden organisiert

Presseverband

Etikettenschwindel

Einen Etikettenschwindel nannte der Präsident des FDP-Presseverbandes, Gottlieb F. Höpli, Inlandredaktor bei der «Neuen Zürcher Zeitung» (NZZ), den fast ungebremsten Meinungs- und Kampagnejournalismus in Forumsmedien im Hinblick auf die Armeevorlagen vom 6. Juni 1993.

Als Beispiel führte er an, dass sich der bekannte Aktivist der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA), Mario Poletti, in Zeitungen wie dem «Tages-Anzeiger» und der «Berner Zeitung», ohne jede

Selbstdeklaration als unabhängiger Journalist geben kann. Poletti gehört zum Büro der «Arbeitsgemeinschaft für Rüstungskontrolle und Waffenausfuhrverbot» (ARW). Dieses hat Verbindung zur «Arbeitsgruppe zur Rettung von Neuchlen-Anschwilen» (ARNA) und zur GSoA. «Das Resultat dieses Journalismus sieht denn auch», so Höpli weiter, «entsprechend aus: Aus trüber Quelle werden EMD-Interna aus den achtziger Jahren aufgebauscht und mit der heutigen Situation in Zusammenhang gebracht, mit dem einzigen Ziel, Armee und EMD zu diskreditieren.» □

Jahresbericht Rapport annuel

Die Arbeit der
Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz
und der Freisinnig-Demokratischen Fraktion
der Bundesversammlung

L'activité du
Parti radical-démocratique suisse
et du Groupe radical-démocratique
de l'Assemblée fédérale

92/93

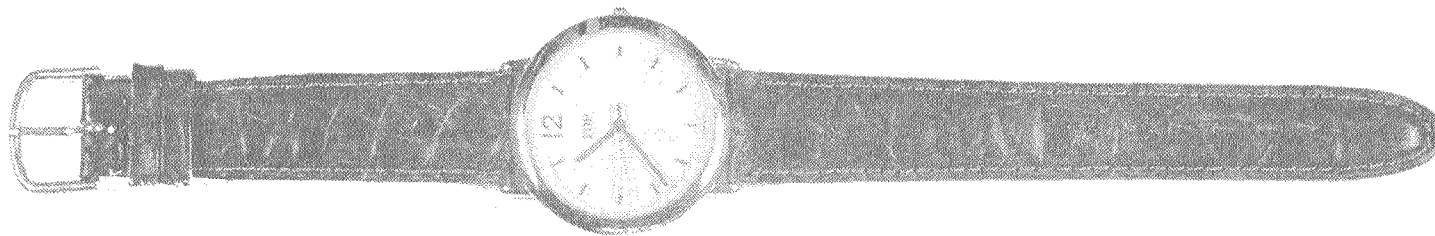
FDP PRD PLR

Ich bestelle:

Ex. Jahresbericht 92/93
(1 Ex. gratis, 163 Seiten, dt./frz.)

Name: _____ Vorname: _____
Str./Nr.: _____ PLZ/Ort: _____
Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern.
Fax (031) 21 19 51



Es ist FDP-Zeit

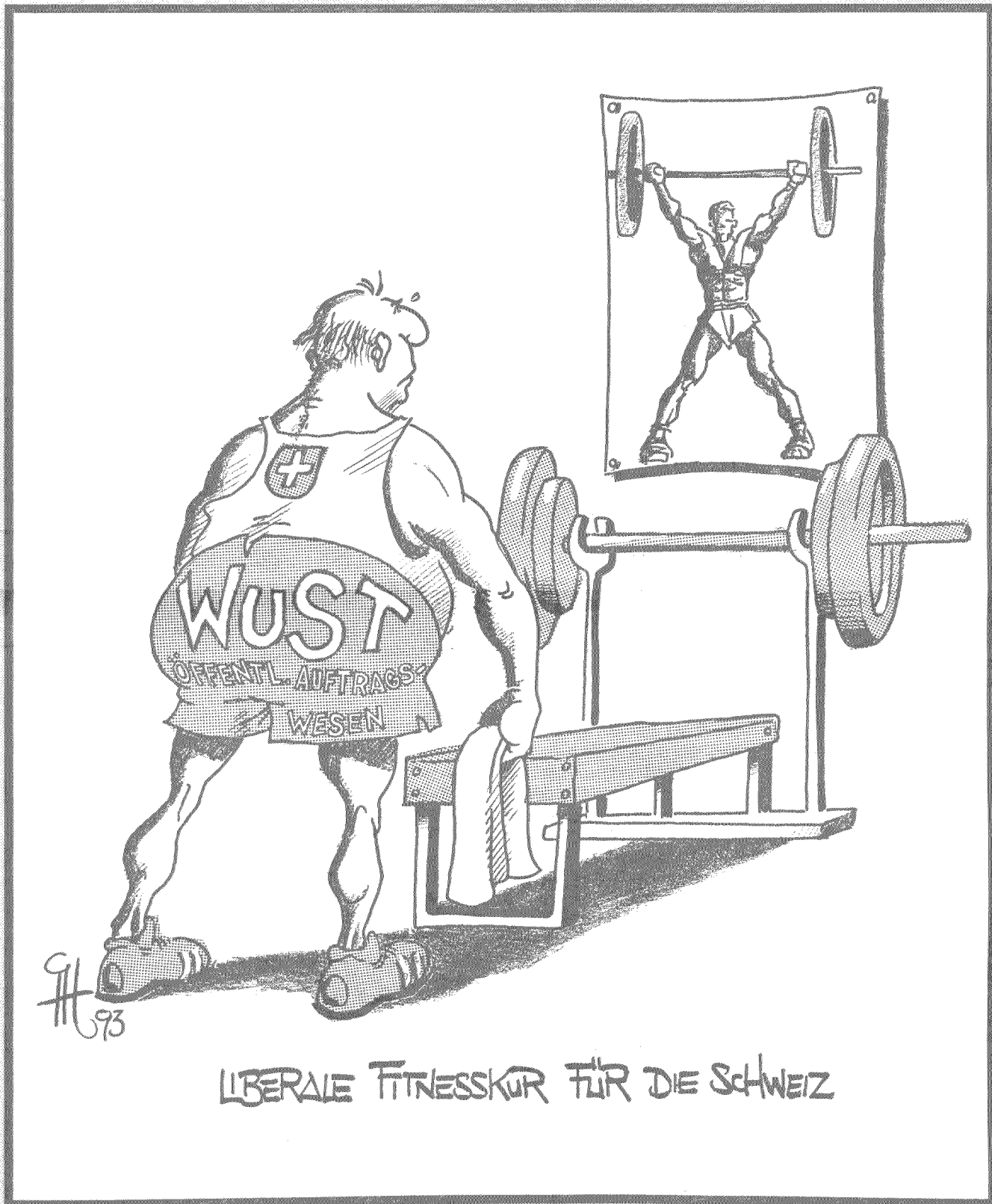
Bestellen und tragen Sie die FDP-Uhr! Das Gehäuse ist vergoldet, der Boden aus Stahl mit Schweizer Quarzwerk, ohne Datum, Lederband Crocoart braun, Zifferblatt Grundfarbe weiss, Zeiger und Relief vergoldet mit Logo «FDP». Die Uhr wird geliefert in einer schwarzen Pochette mit einjähriger Garantie Fashion Time.

Talon

Ich bestelle zum Preis von Fr. 98.– (plus Porto und Verpackung):
– Ex. FDP-Uhr.

Name: _____
Vorname: _____
Strasse/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern (Fax [031] 21 19 51).



Soll der Staat die Parteien finanzieren?

Die ständige Finanznot der politischen Parteien ist ein offenes Geheimnis. Ebenso wissen wir, dass der Staat die Parteien stiefmütterlich behandelt. Die finanziellen Beiträge an die Fraktionen decken deren Unkosten nur gerade zu einem Bruchteil, den Rest müssen die Parteien aufbringen.

Beatrice Geier*

Wenn man bedenkt, dass rund vierzig Prozent der aufgewendeten Arbeitsstunden unserer Geschäftsstelle auf Leistungen für die Fraktion entfallen, ist dies happig. Die freisinnige Fraktion hofft darum, dass mit dem neuen Landratsgesetz auch die Entschädigung für die Fraktionen neu geregelt wird.

Ablehnung

Im Landrat werden denn auch immer wieder Vorstösse eingereicht, die für die politischen Parteien mehr staatliche Unterstützung fordern, so zuletzt die Motion der Schweizer Demokraten (SD) (siehe Kästchen), die am 18. März 1993 vom Rat überwiesen wurde. Die FDP-

* Beatrice Geier ist Präsidentin der FDP Baselland und Landrätin. In der Geschäftsleitung der FDP Schweiz ist sie für das Ressort «Frauen» zuständig. Der Artikel stammt aus der «Baselbieter Post», 4/93.

Motion der SD im Landrat BL

Ich bitte den Regierungsrat, bei eidgenössischen oder kantonalen Wahlen und Abstimmungen den Parteien durch die Bereitstellung entsprechender Infrastrukturen (Verpacken der Flugblätter – zum Beispiel wie in Reinach durch das WBZ), die Bereitstellung von Plakatständern und Plakatwänden im ganzen Kanton und durch angemessene finanzielle Beiträge die sehr wichtige demokratische Arbeit kantonal zu erleichtern, wie das gemäss Verfassung, Paragraph 35 postuliert wird. René Moser, SD

Fraktion hat diese Motion einstimmig abgelehnt. Welches waren die Gründe dafür?

Zum ersten Teil der Motion möchte ich mich nur kurz äussern: Es kann ja nicht ernsthaft angenommen werden, dass bei Wahlen und Abstimmungen der Kanton die Propagandaarbeit der Parteien übernehmen soll. Diese organisatorischen Fragen müssen von allen Parteien gemeinsam in den Gemeinden gelöst werden. Allerdings ist heute das Entgegenkommen der Gemeinde sehr unterschiedlich. Es gibt einige, die das Verpacken und den Versand von Wahlprospekten sogar kostenlos übernehmen, und andere, die nicht einmal gewillt sind, das Adressmaterial zur Verfügung zu stellen. Hier wäre eine Verbesserung auf das Wahljahr 1995 wünschbar. Die Lösungen müssen von den Betroffenen direkt gesucht und können nicht durch den Kanton geregelt werden.

Weshalb stellt sich nun die freisinnige Fraktion gegen die geforderten «angemessenen finanziellen Beiträge» des Staates? Hierzu gibt es vor allem folgende Gründe:

- Bei der derzeitigen finanziellen Lage unseres Kantons ist Sparen in allen Bereichen ein Gebot der Stunde. Dabei tragen die Parlamentarier und Parlamentarierinnen eine grosse Verantwortung. Zusätzliche Staatsgelder für die eigenen Parteien zu fordern würde wohl kaum verstanden.

- Die abgelehnte «Parlamentsreform» und die ebenfalls abgelehnte kantonale Vorlage über die «Landratsentschädigung» sprechen eine deutliche Sprache und zeugen zudem von einer Haltung der Bevölkerung gegenüber den Politikern

und der politischen Tätigkeit, die nicht von Anerkennung geprägt ist.

- Es lässt sich nicht mit dem liberalen Gedankengut einer freisinnigen Partei vereinbaren, dass die Parteien nach dem Giesskannenprinzip durch Steuergelder finanziert werden. Unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger sollen in ihrem Entscheid frei sein, diejenige Partei finanziell zu unterstützen, die ihnen ideell nahesteht.

- Damit habe ich ausgedrückt, dass wir Parteien auf die freiwillige finanzielle Unterstützung unserer Mitglieder und Sympathisanten angewiesen sind, wenn wir auf staatliche Mittel verzichten. Dies ist keine einfache Aufgabe. Etwa die Hälfte der nötigen Mittel muss von unseren Mitgliedern erbracht werden, je ein Viertel von den Mandatsträgern und den Gönnern.

Rückzug ins Private

Wenn man bedenkt, dass nur etwa vier bis sechs Prozent der Stimmberechtigten unseres Kantons Mitglieder einer Partei sind, zeigt dies, wie wenige heute bereit sind, die politische Arbeit mitzutragen. Da liegt der Kern des Problems, im Rückzug ins Private.

Es ist nicht nur schwierig, Persönlichkeiten für politische Ämter und Mandate zu gewinnen, es ist noch schwieriger, Personen in unserem Umfeld davon zu überzeugen, dass Parteien ideell und finanziell unterstützt werden müssen, damit sie überleben. Je mehr Mitglieder eine Partei hat, desto weniger wird der einzelne belastet. Das wäre doch eigentlich ganz einfach? Wir sind stolz auf unsere direkte Demokratie und auf unser Milizsystem. Eine Staatsform, in der jeder einzelne die freie Wahl seines Engagements hat. Es braucht nur den täglichen kleinen «effort gratuit».

Aus all diesen Überlegungen kann sich die freisinnige Fraktion nicht für eine grundsätzliche Finanzierung der Parteien durch den Staat einsetzen. □

Leserbrief

Thesen der Zürcher FDP-Fraktion zur Drogenpolitik*

In einem Punkt politisiert die Fraktion an der mir bekannten FDP-Volksmeinung vorbei. «Asylgesuche von ausländischen Drogendelinquenten sind beschleunigt zu behandeln, so dass bei negativem Asylentscheid die Ausweisung sofort erfolgen kann», meint sie. Die mir bekannte Bürgermeinung meint jedoch: «Asylgesuche von Drogendelinquenten, insbesondere der Dealer jeder Stufe, sind nicht weiter zu behandeln und diese in kürzester Zeit in ihr Herkunftsland auszuweisen.»

Entweder halten sich Asylsuchende an unsere gesetzlichen Regeln, oder unsere Pflicht zum Schutz fällt dahin. Ich erwarte von unseren Parteivertretern in dieser Frage eine klarere Haltung.

Markus Grunder, Bäretswil

* * *

Ihre Meinung, Asylgesuche von Drogendelinquenten seien nicht zu behandeln und diese seien rasch auszuweisen, teilen auch ich und mit mir viele FDP-Kantonsräte. Wir mussten uns aber befehlen lassen, dass ein solches Vorgehen unter den heute gültigen gesetzlichen Bestimmungen nicht möglich ist. Wir sind in dieser Sache und in Ihrem Sinne sehr aktiv. Wenn wir uns heute auf die Forderung nach Beschleunigung des Asylverfahrens – inkl. Asylrekurs – und allenfalls Internierung der Betroffenen bis zum Vorliegen des Entscheids beschränken müssen, so ist das das Maximum, das unter dem heutigen Asylgesetz erreichbar ist.

Die FDP hat in dieser Sache eine klare Haltung. Eine ebenso klare, aber entgegengesetzte Haltung haben Flüchtlingsorganisationen und die SP.

Die vollständigen Thesen können auf dem Parteisekretariat bezogen werden (Tel. [01] 261 40 80, Fax [01] 261 50 90).

Werner Hegetschweiler, Kantonsrat

* Vgl. Freisinn Nr. 4/93